

Wählerisch!

Formate und Methoden zur Motivation
von Erstwählerinnen und Erstwählern



Inhalt

04 I. Einleitung

- 05** Gib deinen Senf dazu!
Wahlen und Wählen als Thema der politischen Jugendbildung an Volkshochschulen
- 06** Wir können Politik oder:
Jugendliche sind oft anders, als man denkt

12 II. Beispiele aus den Volkshochschulen

- 13** Entsetzlich: Jugendliche grillen Bundestagskandidaten!
- 16** Politische Bildung 2.0
Lokal-o-Mat für Kommunalwahlen wird von Jugendlichen mitentwickelt
- 20** Glühbirne und Mobiltelefon machen Lust auf Europa
- 26** Ganz einfach: Echte Xperten fragen!
- 29** Listen closely!
Radiosendung und Audioguides zur Wahl
- 31** Wie im richtigen Leben oder:
Wer oder was ist U18?
- 34** Wenn die Glocke läutet, wird die Partei gewechselt:
Politisches Speed-Dating

38 III. ... und weitere Ideen

39 Nach dem Ende von „Wetten dass ...?“:
Wahlwette statt Saalwette

40 Schreib mal wieder!
Postkarten zur Wahl

42 Berlin! Berlin! Wir fahren nach Berlin!

45 „Gehst Du für mich wählen?“
Stimmpatenschaft mit Tante Trude

48 Raus ins Leben
Politik an ungewöhnlichen Orten

50 Nicht stolpern!
Wahlprüfsteine für die Kommunalwahl legen

56 Selbst forschen!
... mit GrafStat

58 IV. Wer weiß was? Materialien und Methoden für die Bildungsarbeit

66 V. DVV – Zentralstelle für politische Jugendbildung

67 Der Deutsche Volkshochschul-Verband

67 Kinder- und Jugendplan

68 Zentralstelle für politische Jugendbildung

70 Antragstellung

71 Impressum

b ü r g e r

I.
Einleitung

Gib deinen Senf dazu! Wahlen und Wählen als Thema der politischen Jugendbildung an Volkshochschulen

ANNA GRÜNER, DVV

Was haben Würstchen und Grillkäse mit Erstwählern zu tun? Speed-Dating – ist das nicht etwas für kontaktfreudige Singles? Und was ist ein „Stimmzettel in Love“? Mit ungewöhnlichen Formaten beweisen Volkshochschulen, dass nicht immer „Politik“ draufstehen muss, wo „Politik“ drinsteckt. Beim Grillduell mit Kandidaten zur Bundestagswahl in Leipzig oder beim politischen Speed-Dating in Köln zeigten Volkshochschulen im Superwahljahr 2013, wie eine lebendige Demokratie vor Ort funktionieren kann. Zu „WahlXperten“ wurden junge Leute an der VHS Hannover, als sie eine filmische Auseinandersetzung mit Politik wagten. In Aurich und Leer produzierten sie „Audioguides“ zur Europawahl, in Indersdorf gab es eine (fast) echte Wahl für alle unter 18-Jährigen. Und in Ahlen bastelte man sogar einen kommunal-eigenen „Lokal-o-Mat“.

Politik kann Spaß machen – das vermitteln die VHS-Veranstaltungen für Erstwählerinnen und -wähler. Das heißt aber nicht im Gegenschluss, dass hier keine ernsthafte Auseinandersetzung mit politischen Inhalten geschieht. Und natürlich gehört es bei allen Projekten zu den Prinzipien der politischen Jugendbildung, Jugendliche aktiv in die Planung der Veranstaltungen mit einzubinden, damit sie am Ende kundig und selbstbewusst ihren „Senf“ dazugeben können.

Eine wichtige Voraussetzung für solche Veranstaltungen ist das Förderprogramm der Zentralstelle für politische Jugendbildung im Deutschen Volkshochschul-Verband. Aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes werden innovative Bildungskonzepte gefördert, die jungen Menschen nahe an ihrem Lebensumfeld gesellschaftliche Zusammenhänge und Zugänge zu Beteiligungsmöglichkeiten vermitteln. Über 100 Volkshochschulen aus allen 16 Bundesländern beteiligen sich am Programm. Jedes Jahr werden rund 150 bis 200 Maßnahmen gefördert – ca. 6.000 junge Menschen zwischen 10 und 26 Jahren profitieren davon.

In dieser Broschüre haben wir einige erprobte Beispiele aus Volkshochschulen und von anderen Einrichtungen der politischen Jugendbildung zusammengetragen, die zeigen, wie man junge Menschen für das Thema „Wahlen und Wählen“ gewinnen kann. Die Beispiele – zur Nachahmung empfohlen! – enthalten eine Fülle von Ansätzen und Methoden, die vielfältig einsetzbar sind. Wir möchten Ihnen Mut machen, es selbst zu probieren!

Wir können Politik oder: Jugendliche sind oft anders, als man denkt

HELLE BECKER

Jugendliche sind nicht unpolitisch, sie sind nur anders. Auf diesen Nenner kann man die Ergebnisse vieler Studien bringen, die sich mit dem Politikinteresse von jungen Menschen beschäftigen.

Tatsächlich?

Aber gilt nicht die Jugend als „politikfern“, „politikverdrossen“ und schwer erreichbar? Wohlbekannte Untersuchungen wie die Shell-Studien, die Evaluation politischer Jugendbildung von Schröder et al.¹ oder Befragungen des Deutschen Jugendinstituts – laufen sie nicht immer wieder darauf hinaus, dass Politik für Jugendliche inzwischen schrecklich unattraktiv ist, geradezu als ein Abschreckungsmittel gilt? Politische Bildung leidet unter einer feststellbaren „diffusen Unzufriedenheit mit (wahrgenommenen) typischen Mustern der realen politischen Prozesse und den politischen Akteuren“, heißt es bei Godewerth-Pollmann.² Sind Politik und Demokratie Kursinhalte, so schreiben Zinser/Schübel in einer Studie zum „Demokratieführerschein“ der Volkshochschulen, löst dies bei jugendlichen Teilnehmenden „eher Befürchtungen aus.“³ Schröder et al. berichten aus ihren Interviews mit Jugendbildungsreferentinnen und -referenten, dass politische Bildung von den Jugendlichen als „eine trockene Sache“ wahrgenommen wird, „die eher abgelehrt wird.“⁴ Politik ist für die Jugendlichen nicht ‚cool‘, sondern ein Themenfeld, bei dem „sich dann die Fußnägel hochrollen“⁵ bringt es eine Jugendbildungsreferentin in derselben Untersuchung auf den Punkt.

Also was denn nun?

Auffällig ist jedoch, dass viele Untersuchungen die Einstellungen und das Verhalten Jugendlicher anhand eines ungeklärten Politikverständnisses überprüfen. Gefragt wird meist nach einer Selbsteinschätzung des politischen Interesses oder der politischen Kompetenz, nach dem Verhältnis der Jugend zu den Parteien und zu den Politikern oder zu den gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen. Fragen des DJI-Jugendsurveys lauteten beispielsweise: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ oder es werden Einschätzungen der politischen Kompetenz abgefragt:

- 1 Achim Schröder, Nadine Balzer, Thomas Schroedter: Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand. Ergebnisse einer bundesweiten Evaluation, Weinheim 2004.
- 2 Thelse Godewerth-Pollmann: Jugend und Politik: Wie können Parteien die Partizipation Jugendlicher fördern? Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.) durch die Philosophische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorf 2007, S. 91.
- 3 Claudia Zinser, Thomas Schübel: Von der Einstiegsmotivation zur Durchhaltungsmotivation. Evaluation des Modellprojekts „Demokratieführerschein“. Abschlussbericht. Unveröffentlichtes Manuskript, o.O. 2009, S. 16.
- 4 Ebd., S.46.
- 5 Ebd., S.98.



GESELLSCHAFTSRAUM

„Ich verstehe eine Menge von Politik“, „Manchmal finde ich die Politik viel zu kompliziert, als dass ein normaler Mensch sie noch verstehen könnte.“ (Welcher Erwachsene würde übrigens auf die letzte Frage nicht mit „ja“ antworten?)

Gleichzeitig berichten Studien davon, dass Jugendliche entweder von einem engen Politikbegriff ausgehen, „der Politik primär als Bundespolitik begreift, und zwar als nationale Politik, wohingegen weltpolitische und kommunale Themen nicht ausdrücklich unter den Begriff Politik gefasst werden.“⁶ Sie können diese Begriffe auch kaum definieren. Sie haben ein eher diffuses Verständnis davon, was „Politik“ ist. Es müsste also danach gefragt werden, was welche Jugendliche mit den Begriffen „Politik“ oder „Demokratie“ tatsächlich verbinden und ob die Zuordnung zu diesen Begriffen schon etwas darüber aussagt, ob Jugendliche politische Fragen bewegen oder nicht. Die Feststellung, ob Jugendliche „politikfern“ sind oder nicht, steht und fällt mit deren subjektiver Definition.

Zurechtrücken

Rücken wir also zurecht: Viele der großen quantitativen Untersuchungen zum Politikinteresse Jugendlicher halten sich an einen Politikbegriff, der sich auf institutionalisierte politische Zusammenhänge bezieht bzw. so verstanden wird. Verlässt man dieses herkömmliche Verständnis und wendet sich den politiknahen

6 Roland Roth (unter Mitarbeit von Andreas Deimann; Ugur Tekin): „Das ist nicht nur für Deutsche, das ist auch für uns“ – Politische Bildung für Jugendliche aus bildungsfernen Milieus unter der besonderen Berücksichtigung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Expertise für die Bundeszentrale für politische Bildung. Unveröffentlichtes Manuskript, o.O. 2005, 2.1.1.

Interessen von Jugendlichen zu, sieht das Bild schon anders aus. So gibt es mittlerweile Studien, die die „unsichtbaren Politikprogramme“ Jugendlicher thematisieren.⁷ Sie fragen nach den drängenden Fragen, die junge Menschen haben, und stoßen auf hochpolitische Gedanken: Umweltschutz, Bildung, Generationenverhältnis, Gerechtigkeit, soziale Verantwortung. In der Shell-Studie 2002 thematisieren die Autoren Hurrelmann, Linssen, Albert und Quellenberg, dass „das skizzierte Politikverständnis der Jugendlichen (...) vor allem darauf hin[weist], dass gängige Vorstellungen des Inhalts und Grenzen dessen, was innerhalb der Gesellschaft als Politik wirkt, einer kritischen Überprüfung bedürfen.“⁸ Jugendliche, so heißt es weiter, hätten ja trotz einer tendenziellen Politikverdrossenheit „eine Meinung zu Themen, die sich problemlos im Rahmen eines hergebrachten, engen Politikverständnisses ansiedeln lassen.“⁹ Insofern könnte „ein bestimmtes, fixes Politikverständnis zu einer möglicherweise vorschnellen Diagnose einer ‚Politikverdrossenheit‘ führen.“¹⁰

Eine große Zahl von Studien kommt daher auch zu dem Schluss, dass Jugendliche politisch interessiert sind, ihre Anliegen aber nicht durch die institutionalisierte Politik vertreten sehen – und diese daher als für sie uninteressant einstufen. Schon 2004 wies



Ingrid Burdewick nach, dass Jugendliche den Eindruck haben, „im Bereich der Politik keine ausreichende Anerkennung als Subjekte mit spezifischen Problemen und Vorstellungen zu erhalten“, sich als „Fremde im politischen System“ zu fühlen und identifizierte dies als bestimmenden Faktor des Verhältnisses der Jugendlichen zur konventionellen Politik.¹¹ Sie war es auch, die die Diskrepanz der Jugendlichen zur Politik als „Erwachsenendomäne“ unter anderem aufgrund der unverständlichen Sprache feststellte – eine Einsicht, die erst jüngst durch ein Forschungsprojekt der Friederich-Ebert-Stiftung empirisch untermauert wurde.¹² Viele Studien kommen zu dem Schluss, dass gleichzeitig die Artikulationsformen Jugendlicher abseits eingetretener Pfade von der „erwachsenen“ Öffentlichkeit nicht anerkannt werden.

7 Marc Calmbach et al.: *Wie ticken Jugendliche?* Aachen 2012; oder Wiebke Kohl, Anne Seibring (Hrsg.): *„Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen*, Bonn 2012.

8 Deutsche Shell (Hrsg.): *Jugend 2002*. 14. Shell Jugendstudie, Frankfurt 2002, S. 45.

9 Ebd.

10 Ebd., S. 49.



Inzwischen ist eine weitere Begründung hinzugekommen: Viele Jugendliche empfinden ihre Lebenskonflikte fast ausschließlich als private und als individuell zu bewältigende Anforderungen. Dies aber ist ein Reflex auf einen gesellschaftlichen Systemwandel, die zunehmende „Individualisierung“. Keine Lehrstelle? Arbeitslosigkeit? Leistungsdruck? Drängende Probleme scheinen „rein“ private Angelegenheiten zu sein, während sie doch gesellschaftliche und politische Ursachen haben und auch dort nach Lösungen zu suchen ist. Wo es aber schon vielen Erwachsenen schwerfällt, die politische Relevanz alltäglicher Sorgen zu durchschauen, wie soll es Jugendlichen gelingen? Dies zu verlangen hieße vorauszusetzen, was doch eigentlich erst Ziel von (politischer) Bildung sein kann.

Auf die Spitze getrieben wird das Ganze, wenn Jugendlichen damit sogar die „eigene Kompetenz in der Entwicklung politischer Orientierungen ebenso abgesprochen wird wie die Fähigkeit zur Verantwortungsübernahme“,¹³ anstatt verstehen zu lernen, welches Politikverständnis hinter bestimmten Denkweisen steckt. Anders gesagt: Die Tatsache, dass Jugendliche von der politischen Relevanz ihrer Wünsche, Ängste und Weltsicht entfremdet

11 Ingrid Burdewick: Jugend – Politik – Anerkennung, Bonn 2003, S. 70 und S. 143.

12 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): „Sprichst du Politik?“, Berlin 2011.

13 Nicolle Pfaff, Ralf Schmidt, Adrienne Krappidel: Politische Lernprozesse in der Schule im Spiegel verschiedener Forschungsmethoden, in: Heinz-Hermann Krüger et al. (Hrsg.): Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand, Opladen 2002, S. 274.

sind oder diese – gefühlt oder objektiv – nicht oder nicht den Gepflogenheiten der Politik angemessen artikulieren können, darf sie nicht auf Dauer von politischen Partizipationsmöglichkeiten abhalten.

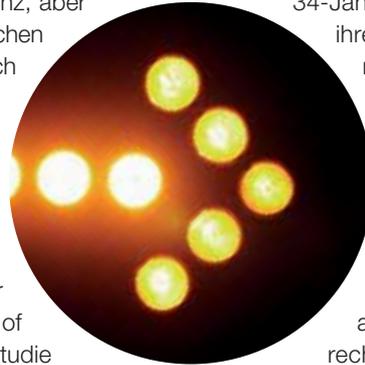
Und die Wahlen?

Alles ein großes Missverständnis also? Nicht ganz, aber sicher ein großes „Miss-Match“. Denn junge Menschen sind auch „etablierten“ Politikformen eigentlich nicht abgeneigt. Das gilt auch für die Einstellung zum Kerninstrument demokratischer politischer Partizipation, den Wahlen. Exemplarisch seien die Resümees zweier europäischer Studien genannt, einer Sekundäranalyse von Eurobarometer-Daten des Jahres 2012¹⁴ und von weiteren Studien zur politischen Partizipation junger Menschen sowie einer von der London School of Economics and Political Science erstellten Studie „Jugendpartizipation im demokratischen Leben“.¹⁵

Beide Studien ergaben, dass junge Menschen Wahlen keineswegs als unnötig oder wirkungslos betrachten. Für Jugendliche unter wie über 18 Jahren sind Wahlen das wichtigste Beteiligungsin-

strument, an das sie genauso glauben wie die Erwachsenengenerationen, berichten die Londoner. Und die Eurobarometer-Analyse ergibt, dass die bis 24-Jährigen sogar von allen Altersgruppen das größte Vertrauen in den Sinn von Wahlen haben. Das gilt noch mehr für Wahlen auf europäischer Ebene (63% der Jungen gegenüber 51% der über 55-Jährigen)! Die 15- bis 34-Jährigen sind es, die vor allen anderen etwas über ihre Rechte in der EU wissen, zugleich mehr erfahren möchten und sich am ehesten an öffentlichen Debatten auf europäischer Ebene beteiligen. Nimmt man alle Beteiligungsformen zusammen, sind die 25- bis 34-Jährigen in der Europäischen Union die aktivsten Bürgerinnen und Bürger.

Dass demgegenüber die Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe am geringsten ausfällt, kann allerdings nicht allein durch die fehlende Wahlberechtigung erklärt werden, sondern ist erst einmal ein Widerspruch. Gleiches gilt für die Hochschätzung von politischen Parteien, die ebenfalls am ehesten bei Jugendlichen zu finden ist. Aber auch hier verwundert: Parteimitglied will von ihnen kaum jemand werden. Sie haben auch die wenigsten Kontakte zu ihren Abgeordneten.



14 EACEA (Hrsg.): Political Participation and EU Citizenship: Perceptions and Behaviours of Young People. Evidence from Eurobarometer surveys. Report produced by the Education, Audiovisual and Culture Executive Agency EACEA, Brüssel 2013.

15 EACEA (Hrsg.): Youth Participation in Democratic Life. EACEA 2010/03. Final Report, Brüssel 2013.

Wie kommt das?

Auch für solche Widersprüche sehen die Londoner Forscherinnen und Forscher die Erklärung im Gefühl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, nicht wirklich verstanden und gehört zu werden. Jugendliche erleben eine Gemengelage von objektiven und empfundenen Partizipationshindernissen, die sich gegenseitig verstärken. So hängt das Gefühl von Belang- und Machtlosigkeit für viele Jugendliche eng mit Problemen realer sozialer oder finanzieller Benachteiligung junger Menschen und mit dem Alter als objektivem Grund des Ausschlusses von Wahlen oder Parteienzugehörigkeit zusammen. Gleichzeitig wird das Alter als Grund für das subjektive Erleben angesehen, in politischen Diskussionen und in politischen Entscheidungen nicht ernst genommen zu werden. All dies gilt besonders für Jugendliche aus so genannten „bildungsfernen“ Milieus.

Hier schnappt, steuert man nicht frühzeitig um, eine Falle zu: Die Londoner Untersuchung zeigt nämlich auch, dass zwar das Interesse an Wahlen mit dem Alter steigt, zugleich aber der Zynismus gegenüber deren Wirksamkeit und der Glaube an Partizipationsformen jenseits von Wahlen. Diese Haltung bildet sich offenbar früh aus. Die Forscher fanden heraus, dass diejenigen, die nicht an den ersten zwei Wahlen, zu denen sie berechtigt waren, teilgenommen haben, wahrscheinlicher „habitualisierte Nicht-Wähler“ werden, mit anderen Worten: auch in Zukunft verloren sind.

Zum Schluss

Hier kann und muss politische Bildung gegensteuern! „Wir brauchen mehr politische Bildung“, verkündete denn auch überraschend eine 24-jährige deutsche „Jugenddelegierte“ der Vereinten Nationen gegenüber der Süddeutschen Zeitung im August 2013.¹⁶ Sie reiste gerade mit ihrem männlichen Kollegen durch Deutschland, um Stimmen und Stimmungen von Jugendlichen einzuholen, deren Perspektive sie im Oktober 2013 in New York als Teil der deutschen Delegation in die UN-Generalversammlung einbringen wollten. „Öde Gespräche“ über Politik „in kleiner Runde“ vermutete die Süddeutsche Zeitung bei dieser Deutschlandtour. Aber da wurde von beiden Delegierten heftig widersprochen: „Jugendliche sind nicht politik-, sondern eher parteiverdrossen. Sie engagieren sich für Projekte, die ihr Leben betreffen. Aber die starren Strukturen des Politikbetriebs schrecken sie ab.“ – „Die Jugendlichen finden, sie haben nicht genügend Einfluss auf politische Entscheidungen.“ – „Das liegt entweder daran, dass es diese Einflussmöglichkeiten tatsächlich nicht gibt. Oft aber auch daran, dass sie die Möglichkeiten nicht kennen.“ Und dann kommt der Satz: „Wir brauchen mehr politische Bildung.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

¹⁶ „Ganz kleine Schritte“. Junge Deutsche reisen zu den Vereinten Nationen, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. August 2013.



II.
Beispiele aus
den Volks-
hochschulen

Entsetzlich: Jugendliche grillen Bundestagskandidaten!

Auch wenn der Titel anderes vermuten lässt – eigentlich waren die Leipziger Jugendlichen ganz nett zu ihren Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 hatte die Junge VHS der Volkshochschule Leipzig gemeinsam mit dem Stadtjugendring Leipzig e. V. zum „Grillduell“ geladen: Unter dem Motto „Der heiße Grill – Gib Deinen Senf dazu!“ wetteiferten Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten aller Parteien in Zweier-teams am Grill und mussten dabei gleichzeitig Jung- und Erstwählerinnen und -wählern aus ihren Wahlkreisen Rede und Antwort stehen.

Die jungen Besucherinnen und Besucher des Grillduells sollten in die Lage versetzt werden, sich eine eigene Meinung über die politischen Programme der Parteien und die antretenden Kandidatinnen und Kandidaten zu bilden. Oder, wie es die Verantwortlichen in direkter Ansprache der Zielgruppe formulierten: „Lass dich von ungeahnten (Koch)Talenten begeistern, teste ihre kulinarischen Experimente und fordere sie zum Koalitionsmix an der Salatbar heraus! Lassen sie sich auf ein veganes Grillerlebnis ein? Oder kocht jede/r von ihnen ein eigenes Süppchen? Finde es heraus und gib deinen Senf dazu!“

Großer Zuspruch von Jugend und Politik

Rund 60 Jugendliche und junge Erwachsene waren am 2. Juli 2013 dieser Einladung gefolgt, als das Grillduell bei bestem Sommerwetter auf dem Hof der VHS Leipzig stattfand. Und auch die Vertreterinnen und Vertreter der Politik waren zahlreich

erschienen: Acht Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten von CDU, SPD, den Grünen, der Linken, der FDP und der Piratenpartei konnten die Verantwortlichen der Jungen VHS und des Stadtjugendrings für die Teilnahme gewinnen – darunter auch Politprominenz wie der ehemalige Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) oder die langjährige Grünen-Bundestagsabgeordnete Monika Lazar, Parteisprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus.

Per Los wurden die Politikerinnen und Politiker in Zweier-teams aufgeteilt und mussten sich gemeinsam die Zutaten für ihr Grillgericht erspielen. Sie konnten sich gegenseitig dem jugendlichen Publikum vorstellen und erhielten für jede zutreffende Aussage über ihre Grillpartnerin oder ihren Grillpartner weitere Zutaten. Nach der Vorstellungsrunde ging es an die Zubereitung der Salate und an die vorbereiteten Grills. Während die Bundestagskandida-

tinnen und Bundestagskandidaten das Essen zubereiteten, informierten die Jugendlichen das Publikum über die bevorstehende Bundestagswahl und sammelten Fragen der Teilnehmenden an die Parteienvertreterinnen und -vertreter.

Smileys und „Hä?“-Karten

Diesen Fragen mussten sich die Kandidatinnen und Kandidaten in der anschließenden Fragerunde stellen. Themen, die die Jugendlichen und jungen Erwachsenen besonders beschäftigten, waren vor allem Datensicherheit und Datenschutz, der gesetzliche Mindestlohn und das bedingungslose Grundeinkommen. Von wegen Desinteresse: Es gab so viele Fragen, dass die unterschiedlichen Themen gar nicht ausreichend behandelt werden konnten. Als Möglichkeit zur direkten Rückmeldung auf die Beiträge der Politikerinnen und Politiker hatten die Organisatoren für jeden Jugendlichen im Publikum zwei Karten vorbereitet: eine Smiley-Karte, um Zustimmung zu dem Gesagten anzuzeigen, und eine „Hä?“-Karte, wenn der Redebeitrag als ausweichend oder unverständlich wahrgenommen wurde. Die Karten kamen sehr gut an und wurden von den Jugendlichen aktiv genutzt, um an der Runde teilzunehmen.

Nachdem sie die Politikerinnen und Politiker in der ausführlichen Fragerunde „gegrillt“ hatten, stimmten die anwesenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einer Probewahl über die Vertreterinnen und Vertreter der sechs Parteien ab. Während der Stimmauszählung bewertete zudem eine Jury aus Jugendlichen das zubereitete Essen der vier Grillteams.



Gemeinsame Verkostung und intensive Gespräche

Nach der Bekanntgabe des Ergebnisses der Probewahl und der Juryentscheidung im Grillduell wurden die acht Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten an jeweils eigene Tische platziert, wo sie gemeinsam mit den Jugendlichen das Essen ihres Teams aßen und in kleiner Runde weiter gefragt und diskutiert wurde. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung hatten so die zusätzliche Gelegenheit, den einzelnen Wahlkreis kandidatinnen und Wahlkreis kandidaten im persönlichen Gespräch zu begegnen.

Besonders wichtig für den großen Zuspruch und den Erfolg der Veranstaltung war, dass sie von und mit jungen Menschen gestaltet wurde. Es gab zwei Vorbereitungstreffen mit interessierten Jugendlichen, auf denen gemeinsam der Ablauf geplant wurde.



Die Jugendlichen erarbeiteten Kurzvorträge und Präsentationen, Plakate sowie weiteres Informationsmaterial über das Wahl- und Parteiensystem und die Bundestagswahl („Wahl-ABC“). Während der Veranstaltung stellten die Jugendlichen die erarbeiteten Informationen vor, übernahmen einzelne Moderationsanteile und organisatorische Aufgaben.

Gut informiert und lecker gegessen: Rot-Grün gewinnt Grillduell

Auch die auf Niederschwelligkeit ausgelegte Konzeption trug zum gewünschten Erfolg des Grillduells bei. In der ungezwungenen Atmosphäre kamen schnell Gespräche in Gang und die Jugendlichen erhielten einen direkten und ungewöhnlichen Eindruck von den Kandidatinnen und Kandidaten. So gaben fast alle auf der Veranstaltung befragten Erstwählerinnen und Erstwähler

an, nach dem Grillduell besser informiert zu sein als vorher und eine wesentliche Hilfe zur Wahlentscheidung erhalten zu haben.

Das Grillduell gewonnen hat übrigens das Team aus Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen) und Wolfgang Tiefensee (SPD). Auch bei der Probewahl dominierte die Politprominenz: Lazar erhielt mit 30 Prozent am meisten Zustimmung von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Tiefensee wurde mit 25 Prozent Zweiter. Zum Abschluss erhielten die Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten eine Urkunde mit den erzielten Ergebnissen und eine Kochschürze der Volkshochschule Leipzig. Die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer hingegen bekamen auf der Veranstaltung eine ungezwungene Möglichkeit, Politik und Parteienverantwortliche näher kennenzulernen. Und leckeres Essen vom Grill natürlich auch.

Ansprechpartner:

VHS Leipzig

Heike Büttner

Tel.: +49 341 123-6059

E-Mail: heike.buettner@leipzig.de

Politische Bildung 2.0 – Lokal-o-Mat für Kommunalwahlen wird von Jugendlichen mitentwickelt

Haben Sie schon mal den Wahl-O-Mat benutzt? Das Online-Tool der Bundeszentrale für politische Bildung, das einen Abgleich der persönlichen Einstellungen mit den Programmen der zu einer Bundestags-, Landtags- oder Europawahl antretenden Parteien ermöglicht? Dann befinden Sie sich in guter Gesellschaft: Mit über 13 Millionen Abrufen erreichte der Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2013 einen neuen Höchstwert. Bei dieser großen Nachfrage lag der Gedanke nahe, ein ähnliches Instrument für lokalpolitische Entscheidungen aufzubauen.

Der zündende Funke kam auf einer Veranstaltung der VHS Ahlen zum Einsatz des Wahl-O-Mat in Schulen. Dort entwickelten VHS-Leiter Rudolf Blauth und Wolf Dittmayer, der seit über zehn Jahren im Wahl-O-Mat-Team mitwirkt, die Idee für den „Lokal-o-Mat“. Und so entstand aus dem Kreis des wissenschaftlichen Begleitteams des Wahl-O-Mat die „Gesellschaft für Information und demokratische Beteiligung e. V.“ (GldB), die den technischen und konzeptionellen Rahmen für das neuartige Online-Tool entwickelte. Währenddessen holte die VHS mit ihrer starken kommunalen Vernetzung alle nötigen Mitspieler ins Boot, um den Lokal-o-Mat erstmals zur Kommunalwahl 2014 in Ahlen einzusetzen.

Denn das Konzept überzeugte: Der Lokal-o-Mat arbeitet – genau wie sein großer Bruder Wahl-O-Mat – mit Thesen zu verschiedenen Themenfeldern, denen die Nutzerinnen und Nutzer zustimmen, die sie ablehnen oder mit „neutral“ bewerten. Nach der Bewertung von 30 Thesen zur kommunalen Politik findet ein Vergleich

mit den Positionen der Parteien und Wählerbündnisse statt, die an der Kommunalwahl teilnehmen. Dabei stammen die Positionen der Parteien sowie die zugehörigen Begründungen von den Parteien selbst und sind ausdrücklich von ihnen autorisiert. Idealerweise ermöglicht dieser Abgleich eine den persönlichen Einstellungen entsprechende Wahlentscheidung. Auf jeden Fall aber stärkt die Beschäftigung mit den kommunalpolitischen Fragen das Nachdenken der Nutzerinnen und Nutzer über ihren politischen Standpunkt.

Jugendredaktion entwickelte Lokal-o-Mat-Thesen

Mit diesen Argumenten gewannen VHS-Leiter Rudolf Blauth und Wolf Dittmayer von der GldB auch den Ahlener Stadtrat und alle darin vertretenen Fraktionen für das Projekt. Zur weiteren Vorbereitung nutzte Blauth den Kontakt zu den örtlichen Schulen, um eine schulübergreifende AG einzurichten. Denn gemäß dem Prinzip der Partizipation sollte eine Jugendredaktion die Themen für



den Ahlener Lokal-o-Mat bestimmen. Im Gegensatz zum Wahl-o-Mat, der dafür die Parteiprogramme heranzieht, ist das im kommunalpolitischen Bereich aber gar nicht so einfach. Hier müssen die Positionen der Stadtparteien und Wählervereinigungen oft erst einmal zusammengesucht werden. Dennoch fand sich rasch eine Gruppe von zwölf Schülerinnen und Schülern der Fritz-Winter-Gesamtschule, des Gymnasiums St. Michael und des Städtischen Gymnasiums zusammen, die sich dieser Aufgabe stellte.

Bevor die eigentliche Arbeit der Jugendredaktion begann, wurden die begleitenden Lehrerinnen durch das Expertenteam der GldB für das Projekt geschult. Anschließend kamen die Jugendlichen zum Zuge: Zum Einstieg in die Themenfindung hatte Rudolf Blauth von den Parteien jeweils eine Liste mit „den zehn wichtigsten Anliegen“ zusammenstellen lassen. Zudem informierten die Redaktionsleiter der beiden örtlichen Tageszeitungen die Schülerinnen und Schüler über die aktuellen kommunalpolitischen Themen. Diese Informationen bildeten die Grundlage für die Arbeit der Jugendredaktion. Im Laufe der mehrwöchigen Vorbereitung ermittelten die Schülerinnen und Schüler der zehnten und elften Jahrgangsstufe jedoch immer mehr Themen, die in der Ahlener Bürgerschaft und von den lokalen Politikerinnen und

Politikern kontrovers diskutiert wurden: Stadtentwicklung, Infrastruktur- und Verkehrsprojekte, Steuerpolitik, Jugendarbeit oder Integrationspolitik.

Ein Crashkurs in Sachen Kommunalpolitik

Dabei eigneten sich die Jugendlichen in einer Art Crashkurs kommunalpolitisches Wissen an – denn nur die wenigsten von ihnen hatten zuvor die Lokalseiten der Tagespresse gelesen oder wussten, welche Entscheidungskompetenz ein Stadtrat hat. Unterstützt wurden sie dabei nicht nur von ihren Lehrerinnen, der VHS-Leitung und dem Expertenteam der GldB. Auch die Redakteurinnen und Redakteure des Ahlener Tageblatts und der Ahlener Zeitung lieferten Hintergrundinformationen und ermöglichten den Jugendlichen die Recherche in den Zeitungsarchiven. Die gefundenen Themen wurden von den Jugendlichen schließlich zu 59 konkreten Thesen zugespitzt, etwa zur Ausweitung der städtischen Nachtbuslinien, zum Radfahren in der Fußgängerzone, zur Aufwertung des lokalen Integrationsrates oder zu einer Erhöhung der Gewerbesteuern.

Mitwirkung der Parteien

Doch nicht nur die Themen, die die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen, müssen Eingang in die Thesen finden. Damit der



Lokal-o-Mat funktionieren kann, müssen die Thesen so formuliert sein, dass sich die Parteien und Wählervereinigungen konkret dazu positionieren können. Auch müssen im Nachhinein die unterschiedlichen Positionen der Parteien deutlich werden. Nach diesen Kriterien wählte die Jugendredaktion gemeinsam mit den begleitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den 59 Vorschlägen 42 Thesen aus, die an die Parteien geschickt wurden.

Die Parteien und lokalen Wählerbündnisse hatten anschließend zwei Wochen Zeit, sich zu diesen 42 Thesen jeweils mit „stimme zu“, „stimme nicht zu“ oder „neutral“ zu positionierten und ihre Einstellungen zu erläutern. Aus diesem Ausgangsmaterial wurden schließlich 30 Thesen ausgewählt, die die Parteien am besten voneinander unterscheiden. Dass dabei nichts Entscheidendes unter den Tisch fiel, war für die Entwickler des Angebotes selbstverständlich: „Wir achten darauf, dass alle relevanten Themen der Stadt und der Kommunalpolitik in einem ausgewogenen Verhältnis repräsentiert sind“, versichert Wolf Dittmayer.

Nutzer sind sich einig: „Der Lokal-o-Mat macht Spaß“

Mit ihrem Konzept haben Rudolf Blauth, Wolf Dittmayer und ihre Mitstreiter viele ermutigende Ergebnisse erzielt. Das haben Forscherinnen und Forscher der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität bestätigt, die das Projekt evaluiert und eine Online-Befragung unter den Nutzerinnen und Nutzern des Ahlener Lokal-o-Mat durchgeführt haben. So waren rund 30 Prozent der Befragten unter 30 Jahre alt. Damit erweist sich der Lokal-o-Mat als wirkungsvolles Instrument, um auch Jung- und Erstwählerinnen und -wähler zu erreichen. Das ist gerade in Nordrhein-Westfalen ein wichtiges Kriterium – denn bereits 1999 wurde hier für Kommunalwahlen das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt. Zudem waren sich mehr als 80 Prozent der Befragten einig: Der Lokal-o-Mat macht Spaß. Diese Niederschwelligkeit mag auch einen weiteren Befund erklären. Mehr als sechs Prozent der Nutzerinnen und Nutzer wurden durch den Lokal-o-Mat dazu motiviert zur Wahl zu gehen, obwohl sie dies nicht vorgehabt hatten.

Dies bestärkte die Verantwortlichen in ihrer Absicht, mit dem Lokal-o-Mat ein niederschwelliges Angebot zur Vermittlung lokalpolitischer Themen und Inhalte zu verbreiten: „Wir freuen uns, dass es endlich gelungen ist, die Idee des Wahl-o-Mat auch auf die kommunale Ebene zu übertragen“, so Prof. Stefan Marschall von der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf, wissenschaftlicher Kooperationspartner des Lokal-o-Mat-Projektes. „Wir erhoffen uns vom Lokal-o-Mat, dass er die Bürgerinnen und Bürger informiert, zur politischen Diskussion und zur Teilnahme an der Wahl mobilisiert.“

Viel Aufmerksamkeit und Lob von allen Seiten

Diese Hoffnung wurde offenkundig nicht enttäuscht. Die Vorstellung des Projektes am 5. Mai 2014 im Ahlener Rathaus erhielt große öffentliche Aufmerksamkeit und Lob von allen Seiten. So waren zum Start des bundesweit ersten Lokal-o-Mats nicht nur die Jugendredaktion, die Vertreter der Volkshochschule und der GldB dabei. Neben dem Ahlener Bürgermeister und den Spitzenkandidaten für die Kommunalwahl waren auch zwei Landtagsabgeordnete gekommen. Und sogar die stellvertretende Ministerpräsidentin und nordrhein-westfälische Ministerin für Schule und Weiterbildung, Sylvia Löhrmann, war angereist, um dem Projekt zusätzlich politisches Gewicht zu verleihen. Entsprechend groß war auch das mediale Echo auf den Ahlener Lokal-o-Mat, den die Ministerin gemeinsam mit zwei Jugendlichen und dem Bürgermeister freischaltete.

Die VHS Ahlen zog ebenfalls ein durchweg positives Fazit. So hielt sich der Personalaufwand zur pädagogischen Begleitung der Jugendredaktion in einem überschaubaren Rahmen: Das Lerntempo der Jugendlichen bei der Online-Recherche und ihre Entschlussfreudigkeit ermöglichte eine Thesenerstellung bereits nach drei bis vier Workshop-Tagen. Neben ihrer Mitwirkung in der Projektleitung war die VHS zudem Kontaktstelle für Rückfragen der Parteien und Wählervereinigungen. Da bereits im Vorfeld des Projektes über den Bürgermeister die – für den Einsatz des Lokal-o-Mat unabdingbare – Zustimmung aller Fraktionen des Ahlener Stadtrates gewonnen wurde, waren die meisten Fragen jedoch schnell geklärt.

Und die Jugendlichen? Die waren sehr zufrieden damit, „wie die Roh-Thesen jetzt in das Programm eingearbeitet wurden“, so Sebastian Specht aus der Jugendredaktion. „Und dass man am Ende auch ein Ergebnis sehen kann.“

Ansprechpartner:

VHS Ahlen

Rudolf Blauth

Tel.: +49 2382 59-435

E-Mail: blauthr@stadt.ahlen.de

GldB e. V.

Wolf Dittmayer

Tel.: +49 221 60608798

E-Mail: info@gidb.eu

Glühbirne und Mobiltelefon machen Lust auf Europa

Auf dem Tisch liegt ein Beutel. Um den Tisch sitzt eine Gruppe von fünf Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Der Reihe nach zieht jeder einen Gegenstand aus dem Beutel: Eine Glühbirne, eine Euro-Münze, ein Mobiltelefon, einen EU-Führerschein, ein Kinderspielzeug. Nachdenklich betrachten die jungen Leute die Gegenstände in ihren Händen.



Auch wenn es auf den ersten Blick wie vorweihnachtliches Wichteln oder ein „Julklapp“ aussieht – hier werden keine Geschenke ausgetauscht, sondern Erkenntnisse und Meinungen über die Europäische Union. Die Glühbirne etwa steht für die Klimaschutzpolitik, der Führerschein für die Freizügigkeit innerhalb der EU, das Kinderspielzeug für Schadstoffrichtlinien und Verbraucherschutz.

In einem halbtägigen Workshop sammelten die Erstwählerinnen und Erstwähler Wissen über Europa und die anstehende Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2014. Die Teilnahme an dem Workshop sollte sie dazu befähigen, Gleichaltrige über die Europäische Union zu informieren und zur Wahlbeteiligung zu motivieren. „Mein erstes Mal – Europawahl“ hieß das Angebot, das im März 2014 von der Kreisvolkshochschule Vechta durchgeführt wurde.

Neugierige Erstwählerinnen und Erstwähler

Ziel war es, im Vorfeld der Europawahl die Neugier der Erstwählerinnen und Erstwähler auf Europa zu wecken. Mit Erfolg: Die Vorbereitung auf das „erste Mal“ lockte rund 30 Jugendliche

und junge Erwachsene in die – für den Veranstaltungstag extra europäisch dekorierten – Räume der KVHS Vechta. Zur Gewinnung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern hatten die Verantwortlichen alle Gymnasien und Berufsschulen im Kreis Vechta angesprochen mit der Bitte, politikinteressierte Schülerinnen und Schüler, die das Kriterium „Erstwähler/-in“ erfüllen, für den Workshop freizustellen. Auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Berufsvorbereitungskursen der KVHS sowie Politikstudentinnen und -studenten der Uni Vechta waren zu der Veranstaltung eingeladen.

Bodenzeitung und Fundament Europas

Zunächst wurden die Erstwählerinnen und Erstwähler in Kleingruppen von fünf bis sieben Personen aufgeteilt. Hierbei stellten die Organisatoren sicher, dass die einzelnen Gruppen möglichst heterogen zusammengesetzt waren und aus unterschiedlichen Schulen kamen. Nach einer kurzen Findungsphase durchliefen die Gruppen dann jeweils abwechselnd fünf Workshop-Stationen, die über das Haus verteilt waren. So lud eine Bodenzeitung der Europa Union, einer bundesweit organisierten Bürgerinitiative, mit kontroversen Fragen und Thesen zur Auseinandersetzung mit Europa ein. An zwei weiteren Stationen erfuhren die Gruppen, wie das Europäische Parlament zu seinen Beschlüssen findet und welche Parteien wie ihren Weg in das Parlament finden. Auch „Unser Haus Europa“ wurde von den Teilnehmenden gebaut: Jede Gruppe überlegte, was für sie Fundament, Gegenwart und Perspektiven der Europäischen Union ausmacht. Welche

Bedeutung Europa für unseren Alltag hat, war Thema einer weiteren Workshop-Station. Hier regten Glühbirne und Mobiltelefon zum Austausch über Sinn und Nutzen von Regulierung und Gesetzgebung auf europäischer Ebene an. (Eine ausführliche Beschreibung der Workshop-Stationen finden Sie am Ende dieses Artikels.)

Starke Kooperationspartner

Gabriela Pollmann, Referentin für politische Bildung der KVHS Vechta, konzipierte den Workshop anhand eines Leitfadens, den der Deutsche Volkshochschul-Verband gemeinsam mit dem Landesverband der Volkshochschulen von NRW entwickelt hatte. Für die inhaltliche Vorbereitung kooperierte die KVHS mit dem Kreisverband Vechta der Europa Union sowie mit dem Fachbereich Politik der Uni Vechta.

Doch nicht nur während der Vorbereitung halfen die Kooperationspartner, auch bei der Durchführung des Workshops waren sie aktiv beteiligt. Der Inhaber des Lehrstuhls für Politik der Uni Vechta, Prof. Peter Nitschke, leitete eine der Workshop-Stationen. Und auch Wolfgang Zapfe, Präsidiumsmitglied der Europa Union, befeuerte die Erstwählerinnen und Erstwähler in ihren Diskussionen. So boten die einzelnen Stationen denn auch mehr als nur sachliche Informationen – sie regten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Austausch und zum Gespräch an. Aktiv entwickelten die jungen Leute Ideen und diskutierten, wie das Thema „Europawahl“ nach außen getragen werden kann.

Aktionstage und Werbespot für Europa

In der abschließenden Runde – und bevor der Workshop mit einem Europa-Büffet ausklang – wurden die Ideen zusammengetragen und von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gemeinsam diskutiert. Aus der Runde heraus entwickelten die jungen Leute spontan drei Folgeprojekte, mit denen sie ihr direktes Umfeld über Europa informieren und zur Wahlbeteiligung anregen wollten.

Die Studierenden der Uni Vechta erstellten im Anschluss an den Workshop einen Werbespot für die Europawahl, der in kurzen Filmsequenzen Lebenssituationen junger Menschen aufgreift und in Bezug zur EU setzt. Die Erstwählerinnen und Erstwähler von den Handelslehranstalten lohne gestalteten einen Aktionstag, um Mitschülerinnen und Mitschüler für Europa zu begeistern. Dabei führten die jungen Leute drei kleinere Workshops durch, die in Form und Inhalt an den „großen“ Workshop der KVHS angelehnt waren. An der Adolf-Kolping Berufsschule wiederum initiierten die Europa-Botschafterinnen und -Botschafter direkt eine ganze Europa-Woche – mit Infoständen, der Bodenzeitung und weiteren Stationen aus dem Workshop der Kreisvolkshochschule.

Dass die Erstwählerinnen und Erstwähler sich als Multiplikatoren für das Thema Europawahl engagierten, kann sicherlich als größter Erfolg des Projektes gelten. Zwar holten sie sich für die Umset-

zung der Folgeprojekte Unterstützung von den Organisatoren des Workshops, agierten aber weitestgehend eigenverantwortlich. Denn – so die Beobachtung der Verantwortlichen – die Ansprache durch Gleichaltrige erzielte eine ganz andere Wirkung als bei einer Umsetzung durch erwachsene Dozentinnen und Dozenten. Die Gespräche zwischen den Erstwählerinnen und Erstwählern konnten auf einer ebenbürtigen Ebene stattfinden und weckten somit viel mehr Interesse an Europa und den anstehenden Wahlen. Und so waren die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kreis Vechta optimal vorbereitet auf ihr „erstes Mal“.

Ansprechpartner:

KVHS Vechta

Gabriela Pollmann

Tel.: +49 4442 93708-16

E-Mail: g.pollmann@kvhs-vechta.de

Deutscher Volkshochschul- Verband e.V.

Lisa Freigang

Tel.: +49 228 97569-24

E-Mail: freigang@dvv-vhs.de

Workshop-Einheiten „Mein erstes Mal – Europawahl“

Die folgenden Workshop-Einheiten werden im Leitfaden „Mein erstes Mal – Europawahl“ beschrieben, den der Deutsche Volkshochschul-Verband gemeinsam mit dem Landesverband der Volkshochschulen von NRW und 12 Modellstandorten im gesamten Bundesgebiet entwickelt hat und bei Interesse gerne zur Verfügung stellt. Das Konzept sieht vor, dass die Workshop-Einheiten als Stände oder Stationen gestaltet werden, die die teilnehmenden Gruppen nacheinander durchlaufen.



Kennlern- und Europa-Quiz

Eine kurze moderierte Fragerunde (ca. 10 Minuten) zu Europa sowie zu persönlichen Fragen stellt erste Kontakte innerhalb der Kleingruppen her und stimmt sie auf das Workshop-Thema ein. Fragebeispiele, die der Handlungsleitfaden vorschlägt, sind etwa: „Wie viele europäische Sprachen sprechen die Gruppenmitglieder?“, „In wie vielen europäischen Ländern waren die Gruppenmitglieder schon in Urlaub?“ oder „Wie viele Sterne sind auf der Europaflagge?“.

Bodenzeitung

Eine begehbare, großflächige Bodenzeitung, die kostenlos von der Europa Union gestellt und betreut wird, schafft einen interaktiven Raum zur ersten Annäherung an das Thema Europa und eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Wissen. Verschiedene Fragen und Thesen zur EU und zum Europäischen Parlament bringen die Teilnehmenden ins Gespräch: „Was weiß ich über Europa?“ „Was interessiert mich an Europa?“

Die Teilnehmenden werden eingeladen, das Plakat zu begehen und sich mit den Fragen auseinanderzusetzen. Durch Ankreuzen können sie ihre Meinung zu den einzelnen Fragen und Thesen festhalten und Rückfragen an die Standbetreuung richten, wenn ihnen Aussagen auf der Bodenzeitung unverständlich sind.

Unser Haus Europa

In einer Gruppenarbeit setzen sich die Teilnehmenden mit den eigenen Vorstellungen von Europa auseinander und werden dazu angehalten, sich gemeinsam auf Werte und Perspektiven zu verständigen, die für sie die Europäische Union charakterisieren.

Hierzu werden zunächst die Umriss eines Hauses auf einen Papierbogen gemalt: Ein Fundament, ein Dach und so viele Zimmer wie Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Kleingruppe sind. In die Zimmer schreiben die Teilnehmenden, was Europa für sie persönlich bedeutet (dabei „bewohnt“ jeder ein eigenes Zimmer). Anschließend vergleichen sie die Einträge miteinander. Übereinstimmungen und thematische Gemeinsamkeiten werden festgehalten. Hiervon ausgehend verständigt sich die Gruppe darüber, was für sie die Grundlagen der EU sind. Die entsprechenden Begriffe werden in das Fundament des Hauses eingetragen. Das Dach des Hauses wiederum wird mit den Visionen der Gruppe für Europas Zukunft gefüllt.

Die Europa-Häuser der verschiedenen Gruppen werden aufgehängt und können zum Abschluss des Workshops den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorgestellt werden.

Europaplakat

Die Teilnehmenden entwerfen gemeinsam ein Werbeplakat für die Europawahl. Dabei können sie entweder einen positiven Aspekt der EU herausstellen oder aber etwas einfordern, was sie in der EU vermissen. Das Plakat kann auch so angelegt sein, dass es andere zur Teilnahme an der Europawahl motiviert.

Nach einer Themenfindungsphase entwickeln die Teilnehmenden konkrete Ideen für Slogans und Motive. Zur Umsetzung stehen den Gruppen Papierbögen zur Verfügung, auf denen sie den Plakatentwurf skizzieren. Auch Bildmaterial zur Illustration der Entwürfe (aus Zeitschriften, Broschüren) können die Jugendlichen und jungen Erwachsenen nutzen.

Der fertige Plakatentwurf jeder Gruppe wird im Raum aufgehängt, sodass nach und nach eine kleine Ausstellung entsteht. Alternativ werden die Plakate im abschließenden Plenum vorgestellt.

Europawahlen und die Arbeit des Europäischen Parlaments

Diese inhaltsstarke Workshop-Station führt die Teilnehmenden mithilfe einer Wissensvisualisierung Schritt für Schritt durch den Prozess der Europawahl. Anhand von Schaubildern, die nach und nach zu einem großen Wandbild zusammengefügt werden, erarbeiten sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen die grundlegenden Regeln zur Europawahl, Wissen über den Wahl- und Sitzverteilungsprozess zum Europaparlament und die Arbeit der einzelnen Abgeordneten. Auch die Entscheidungswege innerhalb des Parlaments und die eigenen Einflussmöglichkeiten darauf werden thematisiert.

Optional kann anschließend die Methode „Kopiere!“ angewandt werden. Hierbei werden die Teilnehmenden aufgefordert, das entstandene Wandbild zum Europaparlament möglichst genau nachzuzeichnen, um sich den Gesamtgehalt der Abbildung noch einmal aktiv zu erschließen.



„Wie betrifft mich Europa?“

Anhand von Alltagsgegenständen begeben sich die Teilnehmenden auf die Spur konkreter Handlungsfelder der EU: Auf dem Tisch liegt eine Tasche mit einer Glühbirne, einem Mobiltelefon, einer Euromünze, einem EU-Führerschein und einem Spielzeug mit EU-Zertifizierung. Die Teilnehmenden ziehen reihum einen Gegenstand aus der Tasche und überlegen anschließend gemeinsam mit den anderen Gruppenmitgliedern, welchen Bezug der Gegenstand zu Europa hat, für welches Themenfeld er steht.

Zur Unterstützung dieses Prozesses gibt es Karten mit Überbegriffen, die zur Anregung auf den Tisch gelegt werden (Umweltpolitik, Währungsunion, Verbraucherschutz, Produktsicherheit, Freizügigkeit). Die Standbetreuung fragt die Teilnehmenden nach bereits vorhandenem Wissen zu den Gegenständen und den Überbegriffen. Anschließend gibt es erklärende Karten mit Kurzinformationen zum EU-Bezug der entsprechenden Gegenstände. Nach kurzer Lesezeit ergänzen die „Besitzer“ der Gegenstände, was in der Runde bislang noch nicht über den Gegenstand zusammengetragen wurde.

Eine abschließende Quizrunde bietet Gelegenheit, das erworbene Wissen anzuwenden und Besonderheiten zu den besprochenen Bereichen der EU zu thematisieren.

Wahlsimulation

Ein abschließender Probendurchlauf der Europawahl hilft den Teilnehmenden beim Abbau von Unsicherheiten und ermöglicht es, die einzelnen Schritte im Wahllokal konkret zu erläutern. Hierzu wird zunächst in einem Raum ein Wahllokal nachgebaut – inklusive Wahlkabine und Wahlurne. Alle Teilnehmenden des Workshops erhalten „Wahlunterlagen“ für die Probewahl. Anschließend betreten sie nacheinander jeweils einzeln das „Wahllokal“.

Die Standbetreuung erläutert ausführlich, was an den einzelnen Stationen im Wahllokal passiert (Kontrolle von Wahlbenachrichtigung/Ausweis, Abgleich mit der Wählerliste, Ausgabe des Stimmzettels, ...). Auch Besonderheiten werden thematisiert: Was passiert, wenn ich meine Wahlbenachrichtigung vergessen habe? Was ist, wenn ich den Wahlzettel versehentlich falsch ausgefüllt habe? Wann ist ein Wahlzettel gültig, wann nicht?

Nach der Wahl können sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen über den Wahlgang und ihre Erwartungen austauschen. Nachdem alle Erstwählerinnen und Erstwähler an der Wahlsimulation teilgenommen haben, ist der Workshop beendet.



Ganz einfach: Echte Xperten fragen!

„Wir wollten herausfinden, warum die Wahlbeteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund bei den bisherigen Wahlen so katastrophal war...“ Damit begann für Fritz Raddatz, Programmbereichsleiter für den Zweiten Bildungsweg in der Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule in Hannover, die Suche nach einem geeigneten Format. Raddatz ist zuständig für die Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen, er hat die Jugendlichen, um die es ihm geht, täglich vor Augen. Was lag dann näher als genau die zu fragen, die sich damit auskennen, nämlich die jungen Leute selbst? In dem Verein „Politik zum Anfassen e.V.“ aus Hannover fand Fritz Raddatz einen Kooperationspartner, der seit 2006 partizipative Medienprojekte zur politischen Bildung mit Kindern und Jugendlichen veranstaltet. Gemeinsam starteten sie das Projekt „WahlXperten“.

Die letzte Wahl?

„Einen schönen guten Abend, meine Damen und Herren. Eine spektakuläre Nachricht erreichte uns soeben aus dem Rathaus. Die Stadt hat entschieden, die Kommunalwahlen abzuschaffen. Die Stadt begründet ihre Entscheidung damit, dass an der letzten Wahl nur noch gut die Hälfte aller Wahlberechtigten teilgenommen hat. Die Wahlen seien zu teuer und nicht mehr zeitgemäß. Daher war die letzte Wahl die letzte Wahl.“ Das verkündet die jugendliche Nachrichtensprecherin von „Hannover aktuell – Die WahlXperten“. Ein Einspieler zeigt die Empörung von Passanten in der Innenstadt von Hannover, die ein Außenteam eingefangen hat. Alle halten Wahlen für notwendig. „Das geht nicht!“ – „Wie soll es denn dann funktionieren?“ – „Was wäre denn die Alternative? Dann hätten wir ja eine Diktatur!“ Und die zugeschaltete „WahlXperten“ meint: „Viele Länder dürfen nicht wählen und leiden darunter. Wir haben die Chance zu wählen. Ohne die Chance zu wählen sind wir aufgeschmissen.“

TIPP:

Noch mehr Lust auf Satire oder „paradoxe Intervention“? Zur Bundestagswahl 2013 produzierten die TV-Produktionsfirma probono und politik-digital.de (einem gemeinnützigen Verein für eine demokratische und digitale Entwicklung der europäischen Informationsgesellschaft) einen „Wahlwerbespot“ der eigenen Art.

www.youtube.com/watch?v=KjlunxvD38k

Das fabelhafte Nachrichtenmagazin ist das Produkt eines Kurses mit jungen Frauen, die im Jahr 2011 ihren Hauptschulabschluss an der VHS nachholten. Im selben Jahr gab es in Hannover Kommunalwahlen – Grund genug, sich mit dem Thema „warum und wie wählen?“ zu beschäftigen. Zusätzlich zum Hauptschulabschlusskurs wurden deshalb verschiedene Termine mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von „Politik zum Anfassen e.V.“



durchgeführt und teilweise mit Inhalten des Faches Sozialkunde verwoben. Von Mai bis Dezember 2011 entwickelten die jungen Frauen Ideen, erarbeiteten Fragen und beschäftigen sich mit medialen Techniken und Formaten. So entstanden mehrere Videos mit engagierten Straßen-Plädoyers fürs Wählen-Gehen von Bürgerinnen und Bürger in Hannovers Einkaufsstraßen – von jungen Frauen, die von der letzten Wahl „gar nichts mitgekriegt haben“, Gleichaltrigen, die selbstverständlich wählen, um Schlimmeres zu verhindern, oder anderen, für die das Wählen eine staatsbürgerliche Pflicht ist. Klar wird: Wählen gehen ist doch gar nicht so langweilig, wie man vielleicht meint.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Ein Jahr später ergab sich eine weitere „Echtsituation“: Die Niedersächsische Landtagswahl im Januar 2013 stand vor der Tür. So

gingen auch von Januar bis Juni 2012 junge Erwachsene eines Schulabschlusskurses der Frage nach, wie man Wahlen für Jugendliche attraktiver machen kann. Die Jugendlichen recherchierten, filmten, fragten und diskutierten zum Thema „Landtagswahl“ mit den unterschiedlichsten Ergebnissen. Es entstanden ein Wahlwerbesong mit Video, eine Umfrage mit Präsentation, Comics zum Thema „Wer darf wählen?“ und „Wie funktioniert wählen?“ sowie eine kritische filmische Auseinandersetzung mit Politik. Wie schon beim ersten Projekt wurden alle erstellten Produkte auf einer Abschlussveranstaltung präsentiert. Es kamen neben dem VHS-Beirat, Politikerinnen und Politikern aus Stadtrat und Landtag sowie Lehrkräften aller Schulen auch gut 70 Schülerinnen und Schüler aus VHS-Kursen, der Berufsbildenden Schule 3 der Region Hannover und dem Politik-Leistungskurs der Goetheschule Hannover. Alle fanden sich später zu einem World-Café über die „Zukunft der politischen Bildung“ zusammen. Da wurde zusammengetragen, wie gute politische Bildung aussieht und welche Rahmenbedingungen sie braucht. So lernten Politik und Schule, was das Wählen fördert, welche Partizipationsmöglichkeiten wahrgenommen und welche gewünscht werden.

(Wahl-)Ergebnisse

Für die VHS war das WahlXperten-Projekt ein voller Erfolg. Es wurden die persönlichen Kompetenzen der Teilnehmenden erheblich gesteigert und nachhaltig Wissen über politische Zusammenhänge vermittelt. Zusätzlich war das Projekt eine gute Möglichkeit, die VHS in der Öffentlichkeit zu präsentieren und wichtige Kontakte in die Politik zu knüpfen. Und die Teilnehmenden haben jeweils an den eigenen Demokratie-Erfahrungen – auch aus anderen Ländern – angeknüpft und so Interesse an der hiesigen Demokratie bekommen. Sie wissen nun, wer in Niedersachsen wie wählen kann und wie das demokratische System aufgebaut ist. Sie wissen auch, wer, warum nicht wählen darf.

Fritz Raddatz kann die Formate daher nur weiterempfehlen: „Diese Themen rund um eine Wahl können durch geeignete Methoden (raus aus dem Unterrichtsraum!) und durch die Ansprachen mehrerer Leute (nicht immer nur die bekannten Lehrkräfte) spannend und motivierend rübergebracht werden“, resümiert er. Und der Verein „Politik zum Anfassen e.V.“ vermeldet lapidar auf seiner Homepage: „Jetzt geht auch wählen, damit sich die Mühe gelohnt hat! :-)“

Die Ergebnisse der Projekte können auf der Projekt-Website www.wahlXperten.de bestaunt werden.

TIPP:

Wahlspots in maximal 2 Stunden zu drehen ist ganz einfach, mit dem Handy! Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. hat dazu im Rahmen der Jugendkampagne „wählerIsCH“ eine Anleitung zur Verfügung gestellt. Mit der vorgeschlagenen Methode können Jugendliche sehr schnell mit dem Handy, dem digitalen Fotoapparat oder der Videokamera einen Videospot für ihre Meinungen, Interessen oder Themen drehen und verbreiten. Erhältlich sind die Anleitungen auf der Webseite: www.waehlerisch.net, Menüpunkt: Arbeitsmaterial: „Dein Spot, Dein Plakat, Deine Wahl“.

Ansprechpartner:

**Ada-und-Theodor-Lessing-
Volkshochschule Hannover**

Fritz Raddatz

Tel.: +49 511 168-45937

E-Mail: fritz.raddatz@hannover-stadt.de

Politik zum Anfassen e.V.

Monika Dehmel

Tel.: +49 511 89 89 94-73

E-Mail: politik@zumanfassen.de



Listen closely! Radiosendung und Audioguides zur Wahl

Mai 2014, Europawahl. Die Aussichten, dass sich mehr Erstwähler und -wählerinnen an den Wahlen beteiligen als 2009 sind düster. 2009 lag die Wahlbeteiligung in Deutschland bei nur 43,3 Prozent.

Das muss nicht sein, fand man in der Volkshochschule Stadt und Kreis Leer und der Heimvolkshochschule Europahaus Aurich. Oft sei es das Fehlen simpler Informationen, das Unsicherheiten aufkommen lässt und zum Nichtwählen führt, außerdem sei Europa wenig „fühlbar“ und erfahrbar, meinten die Verantwortlichen – und erfanden als Gegenmittel das Projekt „Europawahl-Guide 2014“.

Auch wenn ein „Wahlführer“ Assoziationen zu einem Reiseführer weckt – die Produktion von Gedrucktem war nicht das Ziel. Im ländlich geprägten, ostfriesischen Raum zwischen Aurich und Leer ist die Mobilität jugendlicher Bürgerinnen und Bürger ohnehin eingeschränkt. Daher wählte man die jugendgerechte Aktionsform, die Raum und Zeit überwindet und sich schnell verbreitet, das Internet. Das eigentliche Ziel freilich war es, junge Erstwähler zu erreichen, diese zur Beteiligung an der Europawahl 2014 zu motivieren und ihnen eine begründete Wahlentscheidung zu ermöglichen.

12 junge „Peers“, jugendliche Multiplikatoren, konzipierten und erstellten verschiedene Audioguides und einen Internet-Blog für Gleichaltrige. Die Audioguides sollten Erstwählerinnen und -wähler zur Wahl motivieren, der Internet-Blog sollte darüber hinaus über die Wahl und das Projekt informieren. Flyer und Aufkleber sollten

die Aktion bekannt machen und deren Auftrag multiplizieren. Die Hoffnung der Organisatoren war es, damit bis zu 500 Jugendliche und junge Erwachsene zu erreichen.

Hört sich leicht an, war aber viel Arbeit

Gearbeitet wurde in zwei Workshops an und zwischen zwei Wochenenden im Februar und März 2014. Im ersten Workshop wurde auf allgemeine Wahlgründe und das konkrete Verfahren wie auch auf einzelne Parteiprogramme eingegangen – insbesondere unter jugendpolitischen und regionalen Aspekten. Im zweiten Workshop wurde vor allem mit verschiedenen neuen Medien gearbeitet, aber auch mit anderen Methoden, die die soziale, kommunikative und partizipative Kompetenz erweiterten, Erfahrungen im Projektmanagement ermöglichten und nicht zuletzt motivierten, sich weiter freiwillig zu engagieren und für Europa zu interessieren.

Heraus kamen drei „Audioguides“, kurze, im Internet abrufbare Einspieler, in denen dialogisch zwischen jungen Leuten Fragen und Antworten zum Thema Europa und Europawahl thematisiert werden. Der erste Guide gibt einen Einstieg in die Thematik und informiert allgemein darüber, warum man sich auch als Jugendlicher an der Europawahl beteiligen sollte. Der zweite Guide gibt

Informationen zur Wahl: „Welche Auswirkungen hat die Wahl auf die europäische Politik?“, „Welche Auswirkungen hat die eigene Stimme?“ und „Welche Vorteile hat diese Form der Bürgerbeteiligung?“, fragen die jungen Leute. Der dritte Guide enthält persönliche Statements zu den Vorteilen der EU und Interviews mit Jugendlichen und ihre Perspektive auf die EU.

Auf dem projektbegleitenden Blog konnten zukünftige Erstwähler bis zur Europawahl Wünsche und Fragen an die WahlkandidatInnen einreichen und dabei attraktive Preise gewinnen. Im April waren Felix Freitag und Malin Muser vom Projekt „Europawahl-Guide 2014“ aus dem Europahaus Aurich sowie Vera Boelsen und Detlev Maaß vom Europe Direct Informationszentrum in der VHS Stadt und Kreis Leer e.V. zu Gast im „VHS-Magazin“, einer Radiosendung, die auf Radio Ostfriesland ausgestrahlt wird. Dort berichteten sie vom Projekt und seinen Ergebnissen.

Erwartungen übertroffen

Die Wirkungen haben die Erwartungen der Organisatoren übertroffen. Denn insgesamt wurden durch die zwei Workshops, eine vorgeschaltete Inforeveranstaltung, die Radiosendung, die Beteiligung an einer überregionalen Podiumsdiskussion, die Vorstellung des Projektes bei Jugendtreffs und -clubs, die Veröffentlichung im Internet, durch die Verteilung von Postern, Flyern und Aufklebern eine Zahl von ca. 300 Personen direkt erreicht, durch die Radiosendung, die Zugriffe seit Beginn des Internet-Blogs und die (über-)regional verteilten Aufkleber noch einmal indirekt geschätzte 6.000 Personen.

Eine ganz schöne Resonanz! Der einzige Wermutstropfen des Projekts war, dass das Forum des Blogs zwischenzeitlich gehackt wurde und wieder neu aufgesetzt werden musste. Aber auch daraus hat man das Beste gemacht: Die beteiligten Jugendlichen haben sich nicht ärgern lassen und die Seite mit hohem Engagement wieder hergestellt.



*Die Radiosendung ist zu hören unter:
www.vhs-leer.de/index.php?id=506*

*Die Internetseite mit den Audioguides
gibt es unter: www.europawahl.mixxt.de*

Ansprechpartner:

**Europahaus Aurich
Deutsch-Niederländische
Heimvolkshochschule e.V.**

Beenhard Oldigs

Tel.: +49 4941 9527-0

E-Mail: oldigs@europahaus-aurich.de

**Europe Direct Informations-
zentrum Leer/Ostfriesland
VHS Stadt und Kreis Leer e.V.**

Detlev Maaß

Tel.: +49 491 92992-29

E-Mail: europa@vhs-leer.de

Wie im richtigen Leben oder: Wer oder was ist U18?

Nein, die „U18“ ist kein großstädtisches Nahverkehrsmittel, auch nicht die Junior-Auswahl der Deutschen Fußballnationalmannschaft, sondern die Wahl für alle Kinder und Jugendlichen. U18 startete 1996 in einem Wahllokal in Berlin und ist mittlerweile zu einer der größten bundesweiten politischen Bildungsinitiativen für Kinder und Jugendliche in Deutschland herangewachsen. An der letzten U18-Wahl bei der Bundestagswahl 2013 beteiligten sich bundesweit 198.365 Kinder und Jugendliche.

Wahl in Indersdorf

Markt Indersdorf, 35 km nordwestlich von München: die ersten Kinder und Jugendlichen werden von Claudia Geisweid von der VHS und dem Teamer Sebastian Jaeger bereits am Vormittag in der Geschäftsstelle der Volkshochschule – falsch, im Wahllokal! – empfangen. Nach einer kurzen Einführung dürfen alle zur Wahl schreiten. Voraussetzung ist, dass sie sich in ein Wählerverzeichnis eingetragen haben. Dann erhalten sie die Wahlunterlagen und dürfen in der Wahlkabine – offizielle Wahlkabinen und Wahlurnen wurden dankenswerter Weise von der Gemeinde zur Verfügung gestellt – ihre Stimme abgeben. Zuvor waren diese jungen Wählerinnen und Wähler zum Teil bereits in den Schulen von den Lehrkräften über die Bedeutung der Bundestagswahl, die Aufgaben des Bundestags und das Wahlsystem aufgeklärt worden.

Was ist U18?

Die VHS Indersdorf beteiligte sich 2013 zur Bundestagswahl an der „U-18-Wahl“. Das Projekt läuft bundesweit und wird von der „U18-Initiative“ koordiniert. Neun Tage vor echten Wahlen dürfen alle unter 18 ihre Stimme abgeben. Die Ergebnisse werden durch die Initiative ausgewertet und veröffentlicht. U18 kann sowohl im Rahmen von Landes- und Bundestagswahlen als auch im Rahmen von Kommunal- und Europawahlen durchgeführt werden. Zur Bundestagswahl 2013 gab es in fast jedem Bundesland eine U18-Landeskoordinierungsstelle, die als Ansprechpartnerin den Wahllokalen unterstützend zur Seite stand. Teilnehmen können Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren aller Nationalitäten.

Vor Ort werden die Wahlen von Einrichtungen organisiert, die sich für die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen engagieren. Diese Koordinierungsstelle organisiert die Durchführung von U18 in einem Bundesland, einer Region oder in einer Stadt.



Die Einrichtungen machen außerdem zusätzliche Angebote, die alle Interessierten darin unterstützen, Politik zu verstehen: Sie informieren über Wahlen und Wählen, klären über die Positionen der Parteien auf, vermitteln Diskussionen von Politikern mit den Jugendlichen oder zwischen den Jugendlichen und bereiten so die Grundlage für eine Wahlentscheidung. Darüber hinaus kann man Spannung durch Prognosen und Hochrechnungen erzeugen, die Presse einladen und viele Beispiele des Engagements von Jugendlichen zeigen. Einrichtungen, Kindern und Jugendlichen sind keine Grenzen gesetzt.

INFO:

Die U18-Initiative wird getragen und organisiert vom Deutschen Kinderhilfswerk, dem Deutschen Bundesjugendring, Landesjugendringen, vielen Jugendverbänden und dem Berliner U18-Netzwerk. Die PR- und Werbeagentur united communications unterstützt U18 seit vielen Jahren mit viel ehrenamtlichem Engagement.

Wer ein U18-Wahlprojekt starten möchte, kann sich jederzeit an die U18-Koordinierung wenden. Um die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu stärken, bietet eine Internetseite (www.u18.org) ein umfassendes Paket mit Wahlunterlagen sowie Downloads zur didaktischen Unterstützung, z.B. Methodenbüchern oder Argumentationstrainings gegenüber demokratiefeindlicher Agitation.

Wie geht U18?

Neun Tage vor den echten Wahlen (immer ein Freitag) sind die U18-Wahllokale für alle Wählerinnen und Wähler geöffnet. Die Wahllokale hängen bzw. legen die Wahlunterlagen aus. Darüber hinaus werden eine Wahlurne, eine Wahlkabine, eine Handvoll Kulis und die vielfältigsten Stimmzettel benötigt. Und dann kann es losgehen! Die Wahllokale schließen um 18 Uhr. Die Auszählung der Stimmzettel erfolgt öffentlich und durch die jungen Menschen selbst. Die Ergebnisse werden an die Wahlzentrale bei der „U18-Initiative“ übermittelt und das Endergebnis veröffentlicht.

Mit U18 lernen Kinder und Jugendliche nicht nur, wie das Wählen geht. Die wenigsten Jugendlichen behalten ihre (vermeintliche) Null-Bock-Mentalität bei, wenn sie – beispielsweise im Rahmen von Aktionen im Vorfeld der Wahl – erleben, dass sie mitbestimmen und ihr eigenes Lebensumfeld positiv verändern können. Eine Befragung von über 1.000 jungen Menschen im Jahr 2011 im Rahmen der Berliner U18-Abgeordnetenhauswahl zeigte, dass bei drei Viertel der befragten Jung-Wählerinnen und -Wählern das Interesse an Politik durch U18 zugenommen hat.

Gleichzeitig kann eine U18-Wahl zeigen, dass Kinder und Jugendliche eine Meinung haben, die gehört werden sollte. Und welcher Zeitpunkt ist da besser geeignet als kurz vor Europa-,

U18



Bundstags-, Landtags- oder Kommunalwahlen – wenn Parteien noch mitten im Wahlkampf sind und somit Medien und Öffentlichkeit für die Ergebnisse von U18 besonders sensibilisiert sind?

Großer Andrang

Wie im richtigen Leben war das Wahllokal in Indersdorf bis 18 Uhr geöffnet. Auch am Nachmittag nutzten noch zahlreiche Jugendliche die Möglichkeit zur Wahl. Insgesamt freuten sich die Organisatoren über 198 abgegebene Stimmen. Zur Belohnung gab es dann im Anschluss eine richtige Wahlparty, bei der viele Interessierte auf das Abstimmungsergebnis gewartet haben, das gegen 22 Uhr live im Internet veröffentlicht wurde.

Die VHS-Leiterin war positiv überrascht, wie viele junge Menschen durch diese direkte Ansprache zum politischen Nachdenken kamen: „Noch Wochen nach der Wahl wurde ich bei Besuchen in der Schule von Schülern auf das Projekt angesprochen. Alle waren begeistert und versprochen, bei der „richtigen Wahl“ auf alle Fälle ihre Stimme abzugeben – und genau das wollten wir damit ja erreichen!“ Und bis es soweit ist, haben die Jugendlichen eines gezeigt: dass sie eine klare Meinung zur Politik haben!

Ansprechpartner:

VHS Markt Indersdorf

Andrea Liebl

Tel.: +49 8136 9388-35

E-Mail: kontakt@vhs-indersdorf.de

U18- Bundeskoordinierungsstelle c/o Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Milena Feingold

Tel.: +49 30 3086 93-51

Tel.: +49 30 3086 93-20

E-Mail: info@u18.org

Wenn die Glocke läutet, wird die Partei gewechselt: Politisches Speed-Dating

Die meisten haben schon davon gehört oder es selbst ausprobiert. Wenn Singles eine Partnerin oder einen Partner suchen, dann gehen sie zum Speed-Dating. Dort sitzen sie sich zu zweit an kleinen Tischen gegenüber und befragen einander zu Vorlieben, Eigenschaften und Lebensplänen. Nach einer kurzen Kennlernzeit wechseln sie einen Tisch weiter, bis schließlich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Speed-Datings miteinander gesprochen haben. Doch was hat das mit Wahlen und politischer Bildung zu tun?

Sehr viel, finden die Verantwortlichen der Volkshochschulen in Jena, Köln und Norden. Schließlich geht es auch in der Politik häufig um die Wahl einer oder eines „Neuen“. Und mit dem „Politischen Speed-Dating“ haben sie ein Format erprobt, bei dem Bürgerinnen und Bürger im persönlichen Gespräch mit den Kandidatinnen und Kandidaten anstehender Wahlen zusammentreffen.

Dabei sitzen immer bis zu fünf Bürgerinnen und Bürger mit einer Kandidatin oder einem Kandidaten zusammen und fragen diese aus. Viel Zeit bleibt den Teilnehmenden jedoch nicht, um ihr Herz zu verschenken. Nach knapp zehn Minuten wechseln die Politikerinnen und Politiker die Tische und stellen sich der nächsten Fragerunde – bis sie schließlich jeder Tischrunde Rede und Antwort gestanden haben. Je nach Teilnehmerzahl kann es auch mehrere Durchgänge geben.

Rendezvous mit der Politik

Erste Erfahrungen mit dem politischen Speed-Dating sammelte die Kreisvolkshochschule Norden im Rahmen einer landesweiten Aktion der Niedersächsischen Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung bereits im Dezember 2012. Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl hatte man die Bürgerinnen und Bürger zum Rendezvous mit der Politik geladen. Über 300 Personen wurden direkt angeschrieben und zu dem Termin eingeladen. Auch über die Presse hatte Werner Krosse, Abteilungsleiter an der VHS, für die Veranstaltung geworben. 20 Bürgerinnen und Bürger nutzten am Veranstaltungstag die Gelegenheit, mit den sieben Direktkandidatinnen und -kandidaten des Wahlkreises im persönlichen Gespräch zusammenzutreffen. Und die Resonanz war durchweg positiv – von Seiten der Bürgerinnen und Bürger, wie auch der Politik.

Zur Bundestagswahl im September 2013 setzte die Kreisvolkshochschule daher erneut auf das politische Speed-Dating. Diesmal kamen über 30 Interessenten, darunter der Politik-Leistungskurs des Nordener Ulrichsgymnasiums mit 18 Schülerinnen und Schülern. Und die waren gut vorbereitet. Gemeinsam mit ihren Lehrkräften hatten sie im Vorfeld die Wahlprogramme der Parteien studiert und Fragen an die Bundestagskandidaten ausgearbeitet. Aber auch die 14 Erwachsenen, die zum Speed-Dating mit den vier Kandidaten von SPD, CDU, Grünen und Linkspartei gekommen waren, hatten Fragen mitgebracht.

Auch wenn die Zeit naturgemäß knapp war, konnten in den zwei Durchgängen des politischen Speed-Datings fast alle Fragen beantwortet werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ließen sich gegenseitig Raum für ihre Fragen, die Gespräche liefen in ruhiger und freundlicher Atmosphäre. Und so verwundert es auch nicht, dass alle Teilnehmenden – auch die Politiker – dem Speed-Dating in der abschließenden anonymen Befragung ausschließlich gute und sehr gute Noten gaben.

Rückenwind aus Landesmitteln

Ähnlich positive Rückmeldungen gab es zum politischen Speed-Dating in Jena. Hier kamen mehr als 70 Berufsschülerinnen und -schüler, Bürgerinnen und Bürger zum politischen Tête-à-Tête. Anlass war die Thüringer Landtagswahl im September 2014. Die Volkshochschule hatte mit dem Staatlichen Berufsbildenden Schulzentrum „Karl Volkmar Stoy“ kooperiert, in dessen

Räumen die Veranstaltung auch stattfand. Angesichts der großen Nachfrage gab es hier sogar drei Durchgänge des Frage-Antwort-Marathons, die den fünf Landtagskandidaten einiges abverlangten: Fünf Tische, fünfundzwanzig Schülerinnen und Schüler und mindestens ebenso viele Fragen pro Durchgang.

Dennoch waren die Politiker positiv überrascht von diesem Format. So resümierte Anja Siegesmund von den Grünen nach der Veranstaltung, dass „die drei Stunden des Kandidatendatings mit spannenden Gesprächen und im Austausch mit den jungen Leuten wie im Fluge“ vergangen seien. Und auch für die jungen Teilnehmenden war die Veranstaltung ein Erfolg: „Dass Schüler

ihre eigenen Fragen stellen können, finde ich echt gut“, betonte ein junger Teilnehmer. Und eine seiner Mitschülerinnen bekannte: „Wählen, muss ich gestehen, bin ich bisher nicht gegangen. Aber dieses Jahr hab ich es mir vorgenommen.“

Zusätzlichen Rückenwind für ihre Veranstaltung hatte die VHS von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Thüringer Volkshochschulverband e.V. erhalten. Denn anlässlich der Landtagswahl unterstützten die Verantwortlichen auf Landesebene die Volkshochschulen in Jena und fünf weiteren Orten bei der Vorbereitung des politischen Speed-Datings. Es gab nicht nur ein vorgefertigtes Konzept, Plakate und eine Muster-Pressemitteilung zur Bewerbung der Veranstaltung. Auch Geldmittel für die Teilnehmerinnen- und Teilnehmerakquise, Pressearbeit, Dokumentation und Fahrtkosten wurden von der Landeszentrale und dem Volkshochschulverband bereitgestellt.

Schwerpunkt: Jugend

In Köln wiederum setzten die Verantwortlichen der VHS den Fokus des Speed-Datings ganz speziell auf die Partizipation jugendlicher Erstwählerinnen und Erstwähler. Ziel war es, die jungen Erwachsenen auf die Bundestagswahl einzustimmen und ihnen einen Austausch auf Augenhöhe mit den Politikerinnen und Politikern zu ermöglichen. Auch sollten die jungen Menschen zu politischer Partizipation und zu einem Engagement ermutigt werden, das über den Wahltag hinausgeht.



Um diese Ziele zu erreichen, suchten die Verantwortlichen der VHS die Kooperation mit zwei Berufskollegs, deren Schülerinnen und Schüler an der Veranstaltung teilnahmen. In mehreren Treffen mit den Lehrkräften sowie Vertreterinnen und Vertretern der Schülerschaft wurde vorab ein Fragenkatalog für das Speed-Dating entwickelt, der sowohl den Schülerinnen und Schülern, als auch den teilnehmenden Politikerinnen und Politikern zur Vorbereitung dienen sollte. Und auch die Jugendorganisationen der Parteien waren zum politischen Stelldichein gebeten worden, um den Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine direkte Möglichkeit zu Teilhabe und politischem Engagement aufzuzeigen.

Zu Beginn gab es in Köln zusätzlich eine kurze Vorstellungsrunde, bei der die Kandidatinnen und Kandidaten sich und ihre politische Agenda präsentieren konnten. Erschienen waren Vertreterinnen und Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien. In den anschließenden Dating-Runden wurde ihnen von den jungen Erwachsenen ordentlich auf den Zahn geföhlt. Denn trotz des vorbereiteten Fragenkatalogs kam es in fast allen Tischrunden auch zu spontanen Fragen, die sich aus dem Gespräch ergaben.

Parteinachwuchs informierte

Und so bekamen nicht nur die Erstwählerinnen und Erstwähler Antworten auf ihre Fragen, auch die Bundestagskandidatinnen und -kandidaten erhielten Gelegenheit, die Wünsche, Anregungen und die Kritik der jungen Erwachsenen im direkten Gespräch zu erfahren.

Wer danach noch nicht genug hatte, auf den wartete im Anschluss die Parteijugend. An Infoständen informierte der Parteinachwuchs die interessierten Jugendlichen über ehrenamtliche Arbeit und die politischen Standpunkte der Jugendorganisationen – die schon mal von denen der Mutterparteien abweichen können. Und das Konzept der Verantwortlichen ging auf: Über die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen gab an, dass ihnen die Veranstaltung bei ihrer ganz persönlichen politischen Wahl geholfen hat. Die Möglichkeit, mit Politikerinnen und Politikern direkt ins Gespräch zu kommen, wurde als sehr positiv wahrgenommen. Ob allerdings der oder die Richtige für sie dabei war, das behielten die Erstwählerinnen und Erstwähler für sich.

Ansprechpartner:

KVHS Norden gGmbH

Werner Krosse

Tel.: +49 4931 924-147

E-Mail: w.krosse@kvhs-norden.de

Volkshochschule Jena

Christian Ziege

Tel.: +49 3641 4982-13

E-Mail: christian.ziege@jena.de

Volkshochschule Köln

Andrea Pohlmann-Jochheim

Tel.: +49 221 221 93-580

E-Mail: andrea.pohlmann-jochheim@stadt-koeln.de



III.
... und weitere
Ideen

WETTURKUNDE

Wetten, dass die
Wahlbeteiligung zur
Landtagswahl 2014 in
Brandenburg in der Gruppe
der Erstwähler/innen höher
sein wird, als die der übrigen
Altersgruppen?

Wir stellen die Wette:

[Signatures]

Nach dem Ende von „Wetten dass...?\": Wahlwette statt Saalwette

Haben Sie schon einmal mit Ihrer Ministerpräsidentin oder Ihrem Ministerpräsidenten gewettet? Nein? Schülerinnen und Schüler von vier Brandenburger Schulen haben sich das getraut und ihren Ministerpräsidenten zur Wahlwette herausgefordert: Liegt die Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und Erstwähler bei der Landtagswahl 2014 höher als die der übrigen Wählergruppen, veranstaltet Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) eine Grillparty für die Schülerinnen und Schüler. Andernfalls lösen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ihren Wetteinsatz ein und veranstalten – je nach Schule – Spendensammlungen, einen Kindergartenausflug, eine Veranstaltung zum Thema Inklusion oder einen Spendenlauf.

Die Wette wurde in der Potsdamer Staatskanzlei besiegelt, wo die Schülerinnen und Schüler mit dem Ministerpräsidenten zusammentrafen. Medienwirksam überreichten sie eine überdimensionale Wetturkunde, auf der Wettgegenstand und Wetteinsatz festgehalten waren. Ministerpräsident Woidke nahm's sportlich: „Die Wahlwette ist eine innovative Idee, um die Wahlbeteiligung unter den Erstwählern in Brandenburg zu steigern. Unsere Demokratie braucht Jungen und Mädchen, die sich engagieren, ihre Meinung sagen und sich dafür stark machen. Ich hoffe, dass die Schülerinnen und Schüler andere Schulen und ihre Freunde mobilisieren können, zur Wahl zu gehen – auch um die Wette zu gewinnen.“

Um dieses Ziel zu erreichen, schickten die Jugendlichen nach den Sommerferien einen offenen Brief an alle Schulen in Brandenburg und riefen ihre Altersgenossen zur Teilnahme an der Wette und an der Landtagswahl auf. Auch eine Facebook-Seite richteten die Initiatoren ein, auf der laufend Neuigkeiten über die Wahlwette veröffentlicht wurden (www.facebook.com/wahlwette.brandenburg).

Verantwortet hat die Aktion der gemeinnützige Verein „Kumulus“ aus Berlin, der bereits seit 15 Jahren bundesweit Angebote zur politischen Bildung durchführt. (Infos unter www.kumulus.net) Entstanden war die Idee zur Wahlwette gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern einer Brandenburger Schule. Hintergrund war die Absenkung des Wahlalters, die es 16- und 17-Jährigen in Brandenburg 2014 erstmals erlaubte, ihre Stimme bei der Landtagswahl abzugeben.

Ihre Wette haben die Schülerinnen und Schüler am Ende leider verloren: Die Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und Erstwähler lag bei 41,5 Prozent gegenüber 48,5 Prozent aller Wahlberechtigten. Von den Wahlberechtigten unter 30 Jahren hatten jedoch die 16- bis 18-Jährigen die mit Abstand höchste Wahlbeteiligung. Die Jugendlichen werden trotz der verlorenen Wette in den Genuss von Woidkes Grillkünsten kommen, denn als Dankeschön für ihren Einsatz hat der Ministerpräsident alle Beteiligten zur Grillparty in die Staatskanzlei eingeladen.

Schreib mal wieder! Postkarten zur Wahl

Mit Flyern, Plakaten und Postwurfsendungen werben Kandidatinnen und Kandidaten dafür, gewählt zu werden. Warum nicht auch fürs Wählen selbst werben? Zum Beispiel durch selbst gedruckte Postkarten? Hierbei bringen Jugendliche ihre Botschaft mit ihren Slogans und Bildern aufs Papier und anschließend unter die Leute.

Die Sache ist erprobt: Im Rahmen der Jugendkampagne WählersCH zur Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt erstellten Jugendliche ihre eigenen Wahlpostkarten, die dann auf www.waehlerisch.net als E-Cards veröffentlicht wurden. Natürlich können die Postkarten auch ganz konventionell „offline“, also ausgedruckt, verschickt und verteilt werden – im Freundeskreis, in der Schule oder im Offenen Treff.

INFO:

Das Netzwerk WählersCH ist ein Zusammenschluss verschiedener auf Landesebene tätigen Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendbildung in Sachsen-Anhalt. Es entstand aus dem Kampagnenteam der Jugendkampagne WählersCH zur Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt und hat zum Ziel, gemeinsam Jugendbildungsaktionen und Projekte im Rahmen von politischen Wahlen und vergleichbaren gesellschaftspolitischen Ereignissen durchzuführen.

Der Erstellung gehen natürlich Überlegungen voraus, wie man andere Jugendliche auf die Wahl aufmerksam machen könnte, mit welchen Argumenten sie sich überzeugen ließen und was sie zum Wählgehen animiert. Gleichzeitig ist so eine Postkartenaktion eine gute Präsentation der eigenen Interessen. Mit ihnen kann man auch bei Politikerinnen und Politikern oder anderen Entscheidungsträgern für die eigenen Wahlinteressen oder „Wahlprüfsteine“ (siehe Seite 50) werben.

Die Entwicklung von Vorlagen für die Aktion kann entweder selbst – z.B. im Rahmen eines Bildbearbeitungskurses an der VHS – erfolgen oder es werden bereits vorhandene Materialien genutzt. Erhältlich sind Anleitungen und Vorlagen z. B. auf der Webseite: www.waehlerisch.net, (Menüpunkt: Arbeitsmaterial: „Dein Spot, Dein Plakat, Deine Wahl“). Ab 2015 werden Vorlagen speziell für Postkarten-Aktionen der Jungen VHS durch den DVV zur Verfügung gestellt.



Was braucht man für eine Wahlpostkartenaktion?

(Anleitung der Jugendkampagne WählerIsCH)

- Layoutvorlagen
- mindestens einen Computer
- geeignetes Bildbearbeitungsprogramm (z.B. Gimp)
- wenn möglich Farbdrucker und Fotopapier 10×15cm für Postkarten
- evtl. Internetzugang für die Suche nach Bildmaterial
- evtl. Digitalkamera für die Erstellung von Bildmaterial
- wenn möglich, Flyer und Bilder von Wahlplakaten und anderem Material zur Inspiration
- Speicherkarten oder USB Sticks, um die Daten bei Bedarf zum Copyshop oder der Fotostation zu bringen.

TIPP:

Anregungen und Vorlagen für „E-Cards der politischen Bildung“ findet man auch unter www.politische-bildung.de/ecards_politische_bildung.html. Die elektronischen Grußkarten sind zum Teil von Künstlerinnen und Künstlern, zum Teil von Wettbewerbs-Preisträgern, Schülern und Studenten gestaltet. Sie geben Denkanstöße und werben für Demokratie, politisches Engagement, Toleranz und Zivilcourage.



Berlin! Berlin! Wir fahren nach Berlin!

Vielen Menschen ist das parlamentarische Geschehen in Berlin, Straßburg oder Brüssel fremd, erscheint ihnen „weit weg“. Politische Informationsfahrten setzen diesem Empfinden ein aktives Erleben entgegen. Der Bundestag in Berlin und das Europaparlament in Brüssel und Straßburg bieten die Möglichkeit, den Abgeordneten über die Schulter zu schauen, Hintergrundinformationen zu sammeln oder in Planspielen die Arbeit des Parlaments zu erkunden.

Einladung nach Berlin

Nach Berlin führen viele Wege. Für eine politische Informationsfahrt bieten sich jedoch vor allem zwei Formate an: Die mehrtägigen „Bildungs- und Informationsfahrten“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA-Informationsfahrten) sowie die eintägigen Informations- oder Plenarbesuche im Bundestag. Diese Fahrten werden öffentlich bezuschusst und finden auf Einladung der Bundestagsabgeordneten statt. (weitere Infos am Ende dieser Beschreibung). Die Abgeordneten können dabei frei entscheiden, wen sie nach Berlin einladen. Häufig sind dies Schulklassen, Vereine oder andere Gruppen. Die Anmeldung hierzu läuft in der Regel über die Wahlkreisbüros der Abgeordneten. Allerdings sind die Besucherzahlen begrenzt. Eine frühzeitige Kontaktaufnahme ist daher wichtig. Eine Liste der Bundestagsabgeordneten finden Sie auf der Seite des Bundestages: www.bundestag.de/abgeordnete.

Die VHS Magdeburg etwa hat Kontakt zu den örtlichen Bundestagsabgeordneten geknüpft und bietet beide Exkursions-Formate an: einen eintägigen Plenarbesuch auf Einladung des CDU-Abgeordneten Tino Sorge sowie eine zweitägige Informations-

fahrt mit ausführlichem Rahmenprogramm auf Einladung der Linken-Parlamentarierin Dr. Rosemarie Hein.

Auch der Bundesrat bietet Besuchergruppen so Einiges: Führungen und Vorstellung der Arbeit des Bundesrates, Besuch einer Plenarsitzung oder Rollenspiele für Jugend- und Schülergruppen. Auf seiner Internetseite stellt der Bundesrat die unterschiedlichen Angebote vor: www.bundesrat.de/besuch. Fahrtkosten für eine Berlin-Exkursion werden vom Bundesrat ebenfalls unter bestimmten Voraussetzungen gewährt. Allerdings müssen Anträge auf Fahrtkostenerstattung bereits bis zum Herbst des Vorjahres über die Internetseite des Bundesrates gestellt werden. Informationen zur Fahrtkostenerstattung und zum Antrag finden Sie unter www.bundesrat.de/zuschuss.

Zu Besuch im Europaparlament

Bei Europa-Exkursionen ermöglicht der Besucherdienst des Europaparlaments Einblicke in die Arbeit der Abgeordneten. Am Sitz des Parlaments in Straßburg können Bürgerinnen und Bürger Plenarsitzungen besuchen, organisierte Führungen und



Vorträge klären zudem über die Geschichte der Europäischen Union und die Arbeit des Europaparlaments auf.

Am Brüsseler Standort des Europaparlaments wartet das „Parlamentarium“ genannte Besucherzentrum mit Informationsangeboten und multimedialen Installationen. Die Besichtigung des Brüsseler Plenarsaales oder Planspiele für Jugendliche bieten zusätzliche Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit der Europäischen Union. Ausführliche Informationen zu diesen kostenlosen Angeboten finden Sie auf den Seiten des Europaparlaments unter www.europarl.europa.eu/visiting/de/homepage.html. Aufgrund der großen Nachfrage empfiehlt sich eine rechtzeitige Anmeldung und Terminreservierung.

Auch viele Europaabgeordnete laden interessierte Bürgerinnen und Bürger nach Straßburg oder Brüssel ein. Zum Teil werden diese Fahrten mit einem ausführlichen Rahmenprogramm angeboten. Jedoch werden nicht alle Fahrten vom Europaparlament bezuschusst. Auch reichen die Zuschüsse nicht aus, um die Übernachtungskosten zu decken, sodass in der Regel ein Unkostenbeitrag anfällt. Ob der oder die Abgeordnete für Ihren Wahlkreis zu solchen Fahrten einlädt, erfragen Sie am besten persönlich. Eine Liste aller Europaabgeordneten finden Sie im Internet unter www.europarl.europa.eu/meps/de/search.html?country=DE.

BPA-Informationsfahrten

BPA-Informationsfahrten sind mehrtägige Gruppenfahrten nach Berlin, die auf Einladung eines oder einer Bundestagsabgeordneten stattfinden und vom Besucherdienst des Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) organisiert werden. Jede und jeder Abgeordnete des Deutschen Bundestages kann jährlich bis zu drei Besuchergruppen mit jeweils bis zu 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern nach Berlin einladen. Die Kosten hierfür werden vom BPA übernommen.

Je nach Anreisedauer werden der Reisegruppe bis zu drei Übernachtungen bezahlt. Auch die Verpflegung und ein Rahmenprogramm werden gestellt. Ein Besuch des Bundestages und – wenn möglich – einer Plenarsitzung sind fester Bestandteil der Berlinfahrten. Weitere Programmpunkte führen die Gruppe in Bundesministerien oder Landesvertretungen sowie an politisch und geschichtlich bedeutsame Orte Berlins, in Museen oder Gedenkstätten. Die einladenden Abgeordneten kommen in der Regel zu den Programmpunkten hinzu und stehen zum persönlichen Gespräch zur Verfügung.

Informations- oder Plenarbesuche

Informations- oder Plenarbesuche auf Einladung von Bundestagsabgeordneten werden vom Besucherdienst des Deutschen Bundestages organisiert. Sie bieten Gruppen von mindestens zehn Personen Gelegenheit, einer Plenarsitzung beizuwohnen und mit der oder dem einladenden Abgeordneten oder dessen Mitarbeitern zu sprechen. In sitzungsfreien Wochen werden die Besucherinnen und Besucher in einem 45-minütigen Vortrag über die Arbeit des Parlaments und die Architektur des Reichstagsgebäudes informiert. Auch eine Besichtigung der Reichstagskuppel gehört zu den Programmpunkten. Die Reisekosten werden – bis auf einen Eigenanteil von zehn Euro – vom Besucherdienst des Deutschen Bundestages erstattet.

An zwei Tagen in der Woche bietet der Bundestag Jugendlichen zudem die Möglichkeit zur Teilnahme an dem Planspiel „Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren“. Das Angebot richtet sich an Schülerinnen und Schüler ab der zehnten Klasse. Anmeldung und weitere Informationen unter www.bundestag.de/besuche/kinderundjugendliche.

„Gehst Du für mich wählen?“ – Stimpmpatenschaft mit Tante Trude

Stell Dir vor, es ist Wahl, und alle Jugendlichen wollen hin. Denn wer wählt, der übt politische Macht aus. Jugendliche jedoch, die aufgrund ihres Alters noch nicht wählen dürfen, sind auf das Wohlwollen der Wahlberechtigten angewiesen, damit ihre Interessen vertreten werden. Viele junge Menschen empfinden das als Ungerechtigkeit, als Zeichen, dass sie mit ihren Problemen und Meinungen nicht ernst genommen werden – und das umso mehr, wenn viele Erwachsene keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen.

Die Idee der „Wahlpaten“ ermöglicht es Jugendlichen, selbst für die Berücksichtigung ihrer Interessen zu sorgen. Sie übernehmen einfach die Patenschaft für eine Wählerstimme. Hierzu wenden sich die Jugendlichen direkt an die Wahlberechtigten, die nichts mit ihrer Stimme anzufangen wissen: an die Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Ob Vater oder Tante, Nachbar oder große Schwester – die meisten Jugendlichen kennen eine Nichtwählerin oder einen Nichtwähler aus dem persönlichen Umfeld. Was liegt da näher, als die- oder denjenigen zu bitten, im Interesse und mit einer Wahlempfehlung der Jugendlichen wählen zu gehen?



Wie überzeugt man einen Nichtwähler?

Entwickelt wurde das Projekt für Jugendliche ab 14 Jahren anlässlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2011. Es war Teil der Jugendkampagne „wählerIsCH“, die in Trägerschaft des Kinder- und Jugendrings Sachsen-Anhalt e. V. und der Evangelischen Jugend der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands durchgeführt wurde. Das Projekt war für Gruppen ab fünf Personen konzipiert, die während mehrerer Treffen im Laufe von zwei bis drei Wochen eine oder mehrere Stimpmpatenschaften vorbereiteten.

Der Einstieg in die Thematik erfolgte über eine offene Gruppendiskussion, in der die Jugendlichen persönliche Erfahrungen austauschten, Mitgestaltungswillen und -möglichkeiten, aber auch Ohnmachtserfahrungen diskutierten. Ziel war es, die Teilnehmenden für die Bedeutung von Wahlentscheidungen zu sensibilisieren. Auf dieser Grundlage erarbeitete die Gruppe eine Argumentationslinie zur Überzeugung bekennder Nichtwählerinnen und Nichtwähler, an dem Projekt teilzunehmen. Die Argumentation wurde innerhalb der Gruppe in Form von Rollenspielen erprobt und anschließend gemeinsam zu einer Art Gesprächsleitfaden ausgearbeitet.

Was wollen wir wählen?

So gerüstet gingen die Jugendlichen in ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis auf die Suche nach Nichtwählerinnen und Nichtwählern, sprachen mit Tante Trude, Nachbar Müller und Handballtrainer Horst. Nachdem sie genügend Wahlberechtigte von einer Stimmpatenschaft überzeugt hatten, standen die Jugendlichen vor der nächsten Aufgabe: Sie mussten eine Wahlempfehlung entwickeln. Hierfür sammelten die Gruppenteilnehmerinnen und -teilnehmer Themen und Fragen, die ihnen besonders wichtig waren und die Wahlentscheidung beeinflussen. Etwa zehn Themen wurden ausgewählt, die in der weiteren Entscheidungsfindung als Prüfsteine dienten (zur Entwicklung von Wahlprüfsteinen siehe auch Kapitel „Nicht stolpern“).



Anschließend analysierten die Jugendlichen in Kleingruppen die Wahlprogramme und Grundausrichtungen der Parteien, beschäftigten sich mit den einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten und deren Informationsmaterial (z.B. Wahlwerbeflyern, Internetauftritten, Wahlplakaten). Dabei arbeiteten sie Aussagen und Standpunkte der Parteien zu den jeweiligen Prüfsteinen heraus. Die Ergebnisse stellten sich die Kleingruppen gegenseitig im Plenum vor und bewerteten gemeinsam die Positionen der Parteien mithilfe eines Punktesystems. Am Ende dieses Prozesses hatten die Jugendlichen eine Wahlentscheidung getroffen.

Wahlempfehlung an Stimmgabe

Das Ergebnis konnte eine klare Parteienempfehlung für die Stimmgabe sein. Es war auch kein Problem, wenn zwei Parteien empfohlen wurden. In diesem Fall konnte die Stimmgabe oder der Stimmgabe sich aussuchen, welche der beiden Parteien er oder sie für die Jugendlichen wählte. Die Wahlpaten konnten aber auch ein Stimmensplitting zwischen Erst- und Zweitstimme vorschlagen.

Im letzten Schritt wurde die Wahlempfehlung den teilnehmenden Nichtwählerinnen und Nichtwählern übergeben. Dazu begründeten die Jugendlichen ihre Empfehlung in einem kurzen Schreiben mit der Bitte um Berücksichtigung. Einige Erwachsene ließen sich auch in die Gruppe einladen, wo die Jugendlichen die Wahlempfehlung ausführlich erklären konnten.

Das Projekt „Wahlpaten“ ermöglichte den Jugendlichen somit eine direkte Einflussnahme auf das Wahlergebnis. Auf dem Weg dorthin wurden die Teilnehmenden zusätzlich angeregt, ihre Wünsche und Interessen zu reflektieren, Einstellungen und Meinungen abzugleichen und zu hinterfragen. Auch beschäftigten sie sich mit dem Phänomen des Nichtwählens und stießen mit ihrer Wahlempfehlung möglicherweise einen Reflexionsprozess bei den Stimmgaberninnen und Stimmgabern an.

Ob diese die Wahlempfehlung tatsächlich umsetzten, konnten die Jugendlichen natürlich nicht kontrollieren. Hier waren sie letztlich doch wieder angewiesen auf das Wohlwollen der Wahlberechtigten. Aber einen erneuten Versuch zur nächsten Wahl ist es wert!

Die Kampagnenträger haben das Material zum Projekt zur Verfügung gestellt: www.waehlerisch.net/schlagwort/wahlpatenschaften



Raus ins Leben – Politik an ungewöhnlichen Orten

Öffentliche Diskussionen zu politischen Fragen bleiben Jugendlichen meist verstellt. Entweder sind junge Menschen, zumal wenn sie das Wahlalter noch nicht erreicht haben, dort gar nicht erwünscht oder sie fühlen sich nicht ernst genommen – was sie wiederum von einer aktiven Beteiligung abhält, wie Studien zum Politikinteresse regelmäßig zeigen. Noch schwieriger gestaltet sich der direkte Kontakt zu Politikerinnen und Politikern. Da muss doch was gehen, dachte sich das Herbert-Wehner-Bildungswerk in Dresden.

„Schon einmal die Gelegenheit erhalten, eine Politikerin oder einen Politiker auszuhorchen und zu deinen Problemen oder Ideen zu löchern? Nein? – Dann können wir dir da was anbieten: Wir organisieren für euch eine Fahrt mit der Dresdner Straßenbahn.“

Mit dieser kryptischen Ankündigung lockte man auf Falblatt und Facebook. Das Bildungswerk hatte fünf Politikerinnen und Politiker aller demokratischen Fraktionen im Dresdner Stadtrat bzw. im Sächsischen Landtag eingeladen, mit Jugendlichen über Politik zu diskutieren. Aber um der Ödnis eines Sitzungssaals zu entgehen und um sich quasi auf „neutralem Boden“ zu treffen, mietete man eine Straßenbahn der Dresdner Verkehrsbetriebe (DVB AG) an. Diese zeigten sich sehr kooperativ und stellten für einen moderaten Preis einen kompletten Straßenbahnzug mit Fahrer. Die Route konnte noch am selben Tag angepasst werden.





In der Straßenbahn fand dann eine erste Kennenlernrunde mit den Politikerinnen und Politikern statt. Anschließend verteilten sich die Volksvertreter auf einzelne Sitzgruppen in der Bahn. Die Gespräche wurden von Moderatorinnen und Moderatoren aus dem Bildungswerk und der Jugendinitiative Demokratie e.V. geleitet.

Im fahrenden Zug unterhielten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf Augenhöhe mit den Politikern über die Verkehrspolitik in Dresden (Fahrradwege, Brückenstreit, neue Straßenbahnen), die Drogenpolitik der Parteien (Legalisierung von weichen Drogen, das Verbot von Alkohol und Zigaretten) und die Schul- und Bildungspolitik (Klassengrößen, Sanierungsstau, Lehrergehälter). Die Themen bestimmten die Kids selbst. Und der Clou an der „Rolling Discussion“? Die Politiker konnten nicht weglaufen, denn die Bahn hielt erst wieder, als der Zielort erreicht war!

Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Aktion wurden in Bild und Ton festgehalten und im Web 2.0 und über Social Media Plattformen verbreitet. Aus den gesammelten Daten ist ein youtube-Video entstanden:

www.youtube.com/watch?v=Qio-115b2mg

www.adb.de/node/388

www.facebook.com/Rollingdiscussion2013

www.wehnerwerk.de

Nicht stolpern! Wahlprüfsteine für die Kommunalwahl legen

In Kempten haben sie Tradition: Hier werden sie immer zur Kommunalwahl erstellt, vom ehrenamtlichen Jugendparlament in Kempten, der Vollversammlung des Stadtjugendrings. Auch zur Kommunalwahl in Jena im Mai 2014 haben das Jugendparlament und der demokratische Jugendring daran mitgewirkt. Das Jugendnetzwerk Lambda Berlin/Brandenburg e.V. hat es getan und die BezirksschülerInnenvertretung (BSV) Bonn: Sie alle haben Wahlprüfsteine erstellt.

Wahlprüfsteine sind Anfragen zu ausgewählten Themen an Parteien oder politische Entscheidungsträger (z.B. Bürgermeister), die vor Wahlen oder anstehenden politischen Entscheidungen veröffentlicht werden. Die Parteien erhalten Gelegenheit, die Anfragen zu beantworten. Die Antworten sollen als Informationsquelle bzw. als Wahlentscheidungshilfe dienen.

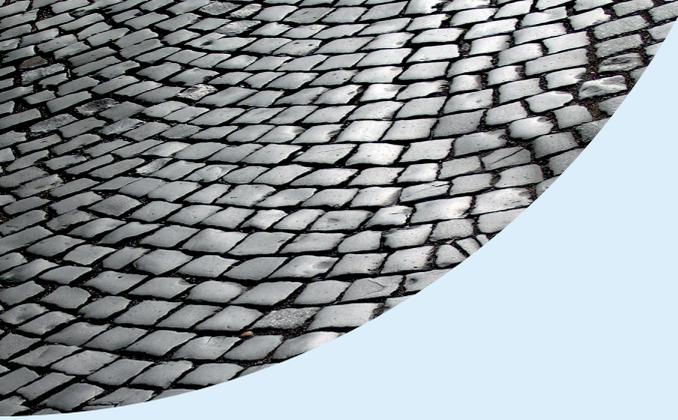
Wie kommt man zu Wahlprüfsteinen?

„Das Sichtbare sind die fertigen ‚Wahlprüfsteine‘ – die jugendpolitischen Forderungen an den Stadtrat“, heißt es auf der Webseite des Stadtjugendrings Kempten. Die Jugendlichen wollen ihre Fragen an die Politik sichtbar machen und sich damit einmischen. Sie wollen zur Diskussion anregen, aber natürlich noch vielmehr zur tatsächlichen Umsetzung der Wahlprüfsteine. „Das Unsichtbare ist aber genauso wertvoll“, heißt es weiter. Denn „das Unsichtbare ist der demokratische Prozess zur Erstellung der Wahlprüfsteine. Hier erleben junge Menschen Demokratie

und setzen sich ausführlich und differenziert mit ihrer Heimatstadt Kempten auseinander. Hier wird Demokratie gelebt und die Auswirkungen ihres Handelns bekommen einen direkten Bezug zu ihrem Leben.“ (www.stadtjugendring-kempten.de/newsletter/04-2013-06/04-2013-06-newsletter-sjr-wahlpruefsteine.pdf)

Demokratieführerschein

Wie aber kommt man zu Wahlprüfsteinen, zur Formulierung von jugendlichen Sichtweisen und Forderungen an die Politik? Im VHS-Konzept „Demokratieführerschein – Der Führerschein zum Mitmischen in deiner Stadt!“ ist die Beschreibung jugendlicher Anliegen Ausgangspunkt, deren Umsetzung Zielsetzung des Projekts. Der Demokratieführerschein baut darauf, dass Jugendliche anhand eines selbstgewählten Vorhabens kommunalpolitische Zusammenhänge erfahrungs- und handlungsgestützt kennenlernen. So will er das Interesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Kommunalpolitik wecken und ihnen helfen, ihre



politischen Anliegen zu erkennen, zu artikulieren, vertreten und möglichst durchsetzen zu können (weitere Informationen unter www.demokratiefuehrerschein.de).

Das „Curriculum“ oder der Leitfaden zum „Demokratieführerschein“ macht dafür methodische Vorgaben und gibt Hinweise für eine Umsetzung. Er ist modular aufgebaut und methodisch flexibel – je nach Zielgruppe und Möglichkeiten kann man verschiedene Wege gehen. Bei aller Strukturiertheit ist er inhaltlich ergebnisoffen, denn es soll ja um die konkreten Anliegen der jeweilig beteiligten Jugendlichen gehen.

Im Folgenden werden Methoden aus dem Demokratieführerschein vorgestellt, die geeignet sind, gemeinsame Anliegen oder Wahlprüfsteine zu formulieren. Natürlich lassen sich die Ideen der Jugendlichen auch weiterspinnen und bearbeiten – mit dem kompletten Durchlauf des Demokratieführerscheins!

Zukunftswerkstatt

Der Zukunftsforscher Robert Jungk hat die „Zukunftswerkstatt“ als eine Methode entwickelt, mit der Menschen Visionen entwickeln, Ziele formulieren und Lösungen finden können. Jugendliche können die Zukunftswerkstatt nutzen, um ihre eigene Vision vom Zusammenleben in der kommunalen Gemeinschaft zu entwickeln und um folgende Leitfragen zu beantworten:

- **Wie sehe ich meine Stadt/Gemeinde/Stadtteil?**
- **Was stört mich? Was sollte anders sein?**
- **Was ist mein Anliegen/Interesse in meinem Bezirk/Stadtteil?**
- **Was könnte die Politik verändern und wie?**

Räume und Material

Günstig sind möglichst angenehm gestaltete, freundliche Räume, die keinen Klassencharakter haben und Möglichkeiten für Kleingruppen bieten, sich zurückzuziehen. Stühle und Tische sollten frei stellbar sein. Als Material braucht man Posterpapier oder Metaplan-Packpapier, Filzstifte (Eddings), Pins und Pinnwände oder Kreppklebestreifen und Flächen, an denen man etwas aufhängen kann.

Möglicher Verlauf

1.Schritt: Kennenlernrunde

Im Stuhlkreis wird die Gruppe in lockerer Atmosphäre begrüßt. Teamer/Teamerinnen stellen sich vor. Das Projekt und dessen Programm (Zeitplan etc.) werden präsentiert, Regelungen (bzgl. Zeiten, Räumen, Technik o.ä.) geklärt.

2. Schritt: Die Zukunftswerkstatt

Zunächst führen die TeamerInnen in die Methode „Zukunftswerkstatt“ ein. Die Spezifik von Zukunftswerkstätten besteht in der Abfolge folgender Phasen:

Beschwerde- und Kritikphase: In der Kritikphase wird eine Bestandsaufnahme der Gegenwart vorgenommen. Kritik, Unbehagen und Probleme der Teilnehmenden – also all das, was die Gegenwart belastet – werden gesammelt. Leitfrage: „Was stört dich in deiner Stadt/deinem Stadtteil?“

Visions-, Fantasie- und Utopiephase: Es folgt die Visionsphase. In dieser entwickeln die Teilnehmenden das Bild einer Zukunft, in der sich alle ihre Wünsche erfüllt haben, in der sie so leben und der Zustand ihrer Stadt/ihres Stadtteils so ist, wie es ihnen optimal erscheint.

Realisierungsphase: Es folgt die Realisierungsphase, in der eine Verbindung zwischen dem Ist-Zustand und dem gewünschten Zustand, der Vision, hergestellt wird und konkrete Handlungsschritte entwickelt werden, wie man seiner Vision Stück für Stück näher kommen kann. Dazu ist es auch wichtig, das Positive des Ist-Zustands darzustellen: „Was ist schon so, wie wir es uns wünschen? Was muss noch getan werden, damit es gut/besser ist? Was können wir tun, damit es so wird, wie wir es uns wünschen?“ Hier werden (erste) Handlungspläne mit konkreten Umsetzungsschritten erarbeitet. Da die Jugendlichen zunächst wenige Möglichkeiten haben, ihre Mittel und Wege sowie Realisierungschancen zu überschauen, geht es erst einmal darum, dazu zu spekulieren. Den TeamerInnen und Teamern bietet diese Phase Gelegenheit, den Wissensstand der Jugendlichen zu erfahren.

3. Schritt: Das Ergebnis

Das Ergebnis der Zukunftswerkstatt ist eine Reihe von durch die Jugendlichen formulierten Anliegen, was sie sich in ihrer Stadt oder ihrem Stadtteil/Bezirk anders wünschen. Die Anliegen sollten präzise notiert werden, möglichst an einer Flipchart/Metaplanwand für alle sichtbar. Diese Anliegen können auch als Forderungen an die Politik und als „Wahlprüfsteine“ formuliert und veröffentlicht werden.

LITERATUR/MATERIAL

Ilona Böttger: Beteiligung fördern durch Zukunftswerkstätten & Zukunftskonferenzen, im Internet: www.pedocs.de/volltexte/2008/141/pdf/Demokratiebaustein_Zukunftswerkstatt.pdf, bietet einen ersten Überblick über die Methode.

Peter Weinbrenner: *Zukunftswerkstatt*, im Internet auf *sowi-online*: www.sowi-online.de/praxis/methode/zukunftswerkstatt.html_0, bietet eine Kurzeinführung mit Hinweisen auf die konkrete Planung und Vorbereitung sowie Spielregeln einer Zukunftswerkstatt.

Beate Kuhnt, Norbert Müllert: *Moderationsfibel Zukunftswerkstätten: verstehen – anleiten – einsetzen*, Neu Ulm 2004, ist eine hervorragende Schritt-für-Schritt-Anleitung für die Planung von Zukunftswerkstätten.

Stange, Waldemar: *Planen mit Phantasie. Zukunftswerkstatt und Planungszirkel für Kinder und Jugendliche*, Kiel/Berlin 1996, ist ein Standardwerk zum Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit methodischem Leitfaden.

Alternative oder Ergänzung: Die Foto-Safari

Statt einer klassischen Zukunftswerkstatt kann man auch einen Workshop veranstalten, der analog aufgebaut ist, aber stark visuell angelegt und mit (attraktivem) Einsatz von Technik verbunden ist: Die Foto-Safari. Der Vorteil dieser Methode – die auch zusätzlich zur Zukunftswerkstatt (sowohl vorher wie nachher) gewählt werden kann – ist es, dass sie wenig sprachlastig ist und stattdessen auf Bilder setzt. Dieser Zugang könnte für bestimmte Zielgruppen einen leichteren Einstieg ins Thema bieten. Die Leitfragen, die durch die Foto-Safari beantwortet werden sollen, bleiben die gleichen wie bei der Zukunftswerkstatt:

- Wie sehe ich meine Stadt/Gemeinde/Stadtteil?
- Was stört mich? Was sollte anders sein?
- Was ist mein Anliegen/Interesse in meinem Bezirk/Stadtteil?
- Was könnte die Politik verändern und wie?

Selbst aufgenommene Fotos, die Probleme, Kritik, Hässliches oder Missstände kommunizieren sollen, werden so bearbeitet, dass ein Verbesserungs- oder Lösungsvorschlag daraus erkennbar wird.

Räume und Ausstattung

Die Foto-Safari findet im Stadtteil oder Bezirk statt (als Exkursion). Außerdem benötigt man und Gruppenräume mit a) Arbeitsflächen und Präsentationsflächen für die Posterbearbeitung oder b) mit PCs und PC-Arbeitsplätzen.



Als Ausstattung braucht man digitale Fotoapparate oder Fotohandys, PCs, Software a) zum Ausdrucken der Fotos auf DIN-A-Größe oder b) zur Bearbeitung der Fotos (z.B. Photoshop), Posterpapier und Befestigungsmöglichkeiten (Metaplanwand, Wandflächen), ggf. Stadtpläne und für die Mobilität verbilligte Schüler-Tickets o.ä.

Möglicher Verlauf

1. Schritt: Einstimmung in der Großgruppe, Erläuterung des Vorhabens

Moderiertes Gruppengespräch: Sammlung von Ideen: Wohin wollen wir gehen? Welches Thema interessiert uns? Bildung von Gruppen, ggf. kurze Einweisung in die Fototechnik

2. Schritt: Die Safari

Die Jugendlichen gehen in Kleingruppen (2–3 TN) durch den Stadtteil/Bezirk und suchen Plätze, Orte, Gebäude, Personen oder Dinge, die für sich oder (metaphorisch, pars pro toto) für ein Problem oder einen „Stein-des-Anstoßes“ stehen. Sie haben die Aufgabe, die Fotomotive so zu gestalten, dass sich ihre Kritik möglichst bereits aus der Bildsprache auch für andere erschließt.

3. Schritt: Die Bearbeitung

Als nächster Schritt werden die Fotos im Computer hochgeladen. Die Bearbeitung kann auf zwei Wegen erfolgen:

- a) Die Fotos werden in DIN-A-4-Format ausgedruckt, auf Posterpapier geklebt und mittels Kleber, Papier, Scheren, farbigen Stiften so bearbeitet, dass eine erwünschte Veränderung

erkennbar wird. Die Bearbeitung erfolgt in der Gruppe, die auch die Fotos gemacht hat. Es sind verschiedene Varianten möglich, wenn die Fotos mehrfach ausgedruckt und auf Poster geklebt werden. Dennoch sollte vor einer Bearbeitung diskutiert werden: Warum haben wir das aufgenommen? Kann man erkennen, worum es geht und was uns nicht gefällt? Wie müsste eine Veränderung aussehen, damit es eine Verbesserung in unserem Sinne wäre?

- b) Alternativ werden die Fotos mittels eines Computer-Bildbearbeitungsprogramms umgestaltet. (Vorteil: Die Verfremdungen sind wesentlich „realistischer“, der Aha-Effekt besonders groß und das Verfahren ist für Jugendliche attraktiv. Es fördert zudem PC-Kenntnisse und kann auch genutzt werden, um visuelle Präsentationen und Manipulationen kritisch zu hinterfragen.)

4. Schritt: Präsentation

Die Ergebnisse werden in der Großgruppe präsentiert und erläutert. In der Präsentationsphase sind Fragen, aber keine Kritik an der Arbeit der Gruppe erlaubt.

5. Schritt: Diskussion der Ergebnisse

Erst nach der Präsentation aller Ideen folgt eine strukturierte und moderierte Diskussion. Dabei ist die leitende Frage: Welche Ideen lassen sich wie umsetzen (siehe „Realisierungsphase“ der Zukunftswerkstatt)? Dabei ist es auch hier wichtig, sich zu vergegenwärtigen, was bereits positiv/gut ist und was für eine Verbesserung getan werden müsste.

Das Ergebnis ist eine Reihe von durch die Jugendlichen visualisierten Anliegen, was sie sich in ihrer Stadt oder ihrem Stadtteil/Bezirk anders wünschen. Die Anliegen sollten möglichst an einer Flipchart/Metaplanwand für alle sichtbar dargestellt werden und eine Überschrift/einen Namen erhalten.

Zu beachten

Die pädagogische Intervention sollte sich vor allem auf die Organisation und (zeitliche) Strukturierung sowie die Bereitstellung und Erläuterung von technischen bzw. materiellen Ressourcen (und die Lösung ggf. technischer/organisatorischer Probleme) konzentrieren. Ansonsten sollte der Phantasie der Jugendlichen keine Grenzen gesetzt werden. Es bietet sich außerdem der Einsatz eines medienkundigen Kursleiters der VHS an.

Die visuellen Ergebnisse können auch in Form einer kleinen Ausstellung gezeigt, als Buch veröffentlicht und die vorgeschlagenen Veränderungs- und Lösungsmöglichkeiten mit anderen Betroffenen (z.B. Mitschülerinnen und Mitschülern) und Entscheidungsträgern (Politik und Verwaltung) diskutiert werden.

LITERATUR/MATERIAL

Eva Bürgermeister/Sascha Düx: CrossCulture – Vernetzung interkultureller Jugendmedienarbeit, in: Nexum (2002) 8, S. 8–11.

Methode: Metaplan-Methode

Wenn die Gruppe bereits Ideen mitbringt, welche Anliegen sie einbringen kann oder wenig Zeit zur Verfügung steht, kann das Verfahren in Form einer Diskussion um mögliche Vorhaben abgekürzt werden. Dieses Verfahren ist jedoch nicht zu empfehlen, wenn die Jugendlichen a) keine Vorstellung davon haben, was sie zum Thema Kommunalpolitik interessieren könnte, b) wenn sie keine Erfahrung darin haben, Ideen zu entwickeln und perspektivisch zu planen und c) wenn sie sprachliche Schwierigkeiten aufweisen, die ihnen das Formulieren und Diskutieren erschweren.

Räume und Ausstattung

Benötigt werden ein großzügiger Arbeitsraum mit Platz für die Gruppe, ein Moderationskoffer und Metaplan-Wände (Pinnwand, Packpapier, Moderationskarten in verschiedenen Formen und Farben, Pinnadeln zum Anstecken der Moderationskarten auf die Pinnwand, Filzstifte (Eddings) unterschiedlicher Farben).

Möglicher Verlauf

1. Schritt: Kartenabfrage

Unter einer Überschrift (z.B.: „Wenn ich Bürgermeister... wäre, würde ich zuerst ...)“ schreiben die Jugendlichen auf Karten jeweils max. zwei Stichworte/Gedanken zu Problemen, die in ihrer Stadt dringend gelöst werden sollten. Diese Karten werden an einer Pinnwand gesammelt, im Dialog mit den Schülern thematisch sortiert (Clustern) und mit Überschriften bezeichnet.

2. Schritt: Visionsphase

Anhand der Leitfrage: „Was könnte man wie verändern?“ werden Lösungs- und Handlungsvorschläge gesammelt und den Anliegen (auf Karten) zugeordnet.

3. Schritt: Ausformulierung, Präsentation

Als letzter Schritt werden die „Wahlprüfsteine“ ausformuliert und für eine Präsentation vorbereitet. Das kann eine Präsentation während einer Veranstaltung sein, die Veröffentlichung auf einer Webseite oder ein Brief an die Wahlkandidaten.

LITERATUR/MATERIAL

Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen Baden-Württemberg:

Metaplan, http://lehrerfortbildung-bw.de/kompetenzen/projektkompetenz/methoden_a_z/metaplan.htm, ist eine kurze Erläuterung mit Foto einer bestückten Metaplanwand.

Methodenpool der Universität zu Köln:

Moderations-/Metaplan-Methode, http://methodenpool.uni-koeln.de/moderation/moderation_darstellung.html, bietet eine ausführliche Erklärung der Methode.

Josef W. Seifert: Visualisieren. Präsentieren. Moderieren, Offenbach 2011, ist eine sehr genaue Darstellung verschiedener Moderationstechniken, u.a. der Metaplan-Methode.



Wenn ich

Selbst forschen! ... mit GrafStat¹⁷

Sie wollen mit Jugendlichen selbst Wahlen oder Befragungen durchführen? Stimmzettel oder Fragebogen erstellen, sie auswerten und professionell darstellen? Das alles geht mit der eigens entwickelten Software „GrafStat“, die für Bildungseinrichtungen kostenlos erhältlich ist.

GrafStat bietet alle für ein Befragungsprojekt notwendigen Funktionen auf einer Oberfläche. Mit der Software kann man ein Fragebogenformular erstellen, das off- oder online ausgefüllt werden kann. Die Daten können online auf einem Datensammel- punkt abgelegt und von dort abgerufen werden. Sie können in verschiedenen Arten ausgewertet und dargestellt werden, unter anderem auch in Form von Tabellen oder Grafiken wie Torten- oder Balken-Diagrammen. Zu jedem Kapitel gibt es Hinweise und Anleitungen entweder in der Hilfe im Programm GrafStat oder in dem ausführlichen Handbuch. Aktuelle Informationen zu Graf- Stat, Updates und neue Programmversionen werden auf der Graf- Stat-Homepage (www.grafstat.de) bereitgestellt. Als Ansprech- partner steht Uwe Diener, der Autor von Grafstat, zur Verfügung.

Unter der Überschrift „Forschen mit GrafStat“ stellt die Bundes- zentrale für politische Bildung außerdem Anleitungen und didak- tisches Material für zurzeit 11 Befragungsprojekte zur Verfügung. Die Themen reichen von Klimaschutz und „Partizipation vor Ort“

über Mobbing oder dem „Ende des Zweiten Weltkriegs“ bis zum Rechtsextremismus. Zwei Projekte beschäftigen sich mit der Bundestagswahl 2013 sowie der Europawahl 2014.

Die Anleitungen sind in sechs Schritte unterteilt:

- Thema finden
- Fragebogen erstellen
- Befragung vorbereiten und durchführen
- Daten erfassen
- Daten auswerten
- Ergebnisse präsentieren

Eine Sachanalyse liefert aktuelle Hintergrundtexte und ermög- licht einen schnellen und sachgerechten Einstieg in das jeweilige Thema. Die einzelnen Bausteine sind modular einsetzbar – unter Einbindung einer empirischen Untersuchung mit GrafStat. Materialien stehen als Texte, Karikaturen, Grafiken, Tabellen oder Bilder zur Verfügung.



¹⁷ Teile dieses Textes stammen von der Webseite der bpb bzw. aus den Hilfen zu GrafStat von Uwe Diener sowie von Sabine Kühmichel und Andrea Meschede.



Zu jedem Projektbeispiel werden außerdem „offizielle“ Datensätze zur Verfügung gestellt, die mit Hilfe von GrafStat genutzt werden können. Bei der Installation von GrafStat werden diese Beispieldatensätze und Musterfragebögen mit installiert und können mit GrafStat bearbeitet und ausgewertet werden. Die Orientierung an diesen Vorgaben und Maßstäben erleichtert nicht nur die Durchführung von empirischen Befragungsprojekten, sondern macht sie auch interessanter und fördert das Kritikvermögen und Qualitätsbewusstsein der Jugendlichen auf diesem Gebiet.

Wie entsteht eine Wahlprognose?

Einer der Musterfragebögen diente einer Jugendbefragung zur Wahlanalyse- und Wahlprognose der Bundestagswahl 2013. Der Fragebogen ist thematisch eingebettet in das Kapitel „Bundestagswahl – Wahlanalyse und Wahlprognose“ des Themen- und Materialbandes „Wahlen in der Demokratie“ der bpb.

Das didaktische Profil der Muster-Projekte ist so angelegt, dass die Jugendlichen als Sozialforscher herausgefordert werden, die vor Ort zur Klärung zentraler Fragen sachkundige und gewichtige Beiträge leisten können. Sie erarbeiten sich selbständig und handlungsorientiert das Thema und erlangen gleichzeitig die hierzu benötigten methodischen Kenntnisse und Fertigkeiten der empirischen Sozialforschung. Außerdem wird die Fähigkeit geübt, Daten immer auch aus der Perspektive des anderen zu betrachten und zu beurteilen, d.h. bei der Auswahl und

Überprüfung von Hypothesen systematisch einen Perspektivenwechsel vorzunehmen. Die Beispielprojekte und Datensätze bieten auch dazu erprobte Handreichungen.

Weitere Informationen auf der Webseite der bpb:

www.bpb.de/lernen/unterrichten/grafstat

Bezug von GrafStat: www.grafstat.de/bezugsquellen.htm

LITERATURTIPP:

Wolfgang Sander, Angela Gralla, Julia Haarmann, Sabine Kühmichel:

Themen und Materialien: Wahlen in der Demokratie. Analysen und Prognosen mit der Software für empirische Umfragen GrafStat –17 Unterrichtsbausteine (mit CD-ROM), Bonn 2013. (Bundeszentrale für politische Bildung: Bestellnummer 2423)

In der Unterrichtsreihe werden Grundlagen des politischen Systems thematisiert wie die Bedeutung von Wahlen, die Rolle der Parteien und Faktoren des Wählerverhaltens. Es werden Hinweise und Instrumente zur Erstellung von Prognosen und Analysen bereitgestellt. Zusatzmaterialien auf der beiliegenden CD-ROM sind u.a. Wahlplakate aus der Zeit von 1949 bis 2009, Wahlwerbespots der Parteien, „Zeitzeichen“-Sendungen und 46 Methodenmodule, die direkt eingesetzt werden können.



IV.
Wer weiß was?
Materialien und
Methoden für die
Bildungsarbeit

Wahlen in Spiel und Film

Kartenspiel: wahlzeit! warum wählen?

Bundeszentrale für politische Bildung,
Bestellnummer: 1922

Infos: www.bpb.de/shop/lernen/spiele/34283/wahlzeit-warum-waehlen

Wahlmuffel? Oder begeisterte Wählerin? Bei diesem Kartenspiel kommen alle auf ihre Kosten, die Diskussionen anzetteln und Argumente austauschen möchten. Mit den 56 Thesenkarten kann man seinen Partner politisch einschätzen, einfach nur Quartett oder Schwarzer Peter spielen oder viele andere Spielideen rund ums Thema „Wählen gehen“ verwirklichen. Spielen kann man schon zu zweit, aber richtig rund geht es in großen Gruppen. „wahlzeit! warum wählen?“ provoziert, macht nachdenklich und erfinderisch – und vor allem: macht Spaß! Das Spiel kommt inklusive zusätzlicher Karten mit didaktischen Hinweisen und diversen Spielideen.

Wahltag – wer überzeugt, regiert!

Susanne Meiser, Werner Fichter (LpB):
Wahltag - wer überzeugt, regiert!
Stuttgart 2013.

Infos: www.lpb-bw.de/995.html?backPID=993&tt_products=3035

Bei diesem Brett-Spiel tritt der Bundestagswahlkampf in seine „heiße Phase“. Alle Kandidaten müssen beherzt für ihre politische Überzeugung kämpfen. Gefragt sind Sachwissen, gute Argumente, sicheres Auftreten und manchmal auch Glück. Gewonnen hat, wer am Wahltag die meisten Prozentpunkte hat. Um regieren zu können, braucht man mehr als 50 Prozent. Wenn es einer Partei allein nicht reicht, dann muss sie eine Koalition bilden. Ein Spiel für 3 bis 6 Spielerinnen und Spieler ab 14 Jahren, Spieldauer 45 Minuten plus x.

Wie funktioniert die Bundestagswahl?

Infos: www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62534/wie-funktioniert-die-wahl

Im Dossier „Bundestagswahl“ auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung zeigen „Wahlfilme“ alles Wesensnotwendige zum Thema: Wie viel Stimmen hat man bei der Bundestagswahl? Was ist wichtiger, die Erst- oder die Zweitstimme? Was sind Überhangmandate? Warum kommen Parteien erst mit fünf Prozent ins Parlament? Die kurzen Erklärfilmchen sind einfach gehalten und führen anhand von animierten Grafiken ins kleine ABC der Bundestagswahlen ein – auch als Anregung für eigene Filme interessant!

Quizspiele

Infos: [www.bpb.de/lernen/
unterrichten/grafstat/168591/
wahlquiz-z4](http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/grafstat/168591/wahlquiz-z4)

Spätestens seit „Wer wird Millionär“ stehen Quizspiele hoch in Kurs. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat gleich mehrere zum Thema Wahlen erfunden, mit denen man online und auf spielerische Weise sein Wissen testen kann:

Wahlen: Was heißt „Demokratie“? Wozu brauchen wir eine Opposition? Und seit wann dürfen Frauen in Deutschland wählen?

Die Bundestagswahl: Wen wählt man mit der Zweitstimme? Wer berechnet die Sitzverteilung im Bundestag? Und wie viele Mandate gibt's überhaupt? Testet euer Wissen!

Wahlkampf und Wahlforschung: Wie war das gleich nochmal: Kritik-Strategie oder Kontrast-Strategie? In welcher Altersgruppe war die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 am niedrigsten? Und was genau besagt die „Normalisierungshypothese“?

Planspiele

Infos: [www.bpb.de/lernen/
unterrichten/planspiele](http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/planspiele)

Bei Planspielen schlüpfen Jugendliche in verschiedenste Rollen, um die Bedeutung von Parteien, Medien, Interessengruppen und Wählern in der heißen Phase des Wahlkampfes zu erfahren. In der bpb-Datenbank finden sich fertige Planspiele und Anleitungen zur eigenen Konzeption von Planspielen.

DVD „Demokratie für alle“

Bundeszentrale für politische Bildung,
Bestellnummer: 1909

Infos: [www.bpb.de/shop/multimedia/
dvd-cd/33891/demokratie-fuer-alle](http://www.bpb.de/shop/multimedia/dvd-cd/33891/demokratie-fuer-alle)

In der Mediathek der bpb sind weitere
Filme erhältlich, u.a. zu Kenia,
Südafrika, Kroatien oder Großbritannien:
[www.bpb.de/mediathek/
demokratie-fuer-alle/](http://www.bpb.de/mediathek/demokratie-fuer-alle/)

Wer den Wahlhorizont erweitern möchte sollte in andere Länder schauen: Wie sehen Demokratie und Wahlen in anderen Ländern und Kontinenten aus? In Russland, Liberia, Bolivien oder Pakistan?

Eine DVD-Edition der bpb enthält zehn Dokumentarfilme und 13 Kurzfilme von unabhängigen Filmemachern und -macherinnen, die an Beispielen aus 19 Ländern den Umgang mit Demokratie beleuchten. Dazu gibt es zehn Videos mit Meinungen von berühmten oder weniger berühmten Menschen zu Fragestellungen wie „Wer regiert die Welt?“ oder „Sind Frauen demokratischer als Männer?“

DVD „Kämpfe ums Kanzleramt“

Bundeszentrale für politische Bildung,
WDR, Bestellnummer: 1946

Infos und Trailer:

[www.bpb.de/mediathek/144130/
trailer-zur-dvd-kaempfe-ums-
kanzleramtdemokratie-fuer-alle/](http://www.bpb.de/mediathek/144130/trailer-zur-dvd-kaempfe-ums-kanzleramtdemokratie-fuer-alle/)

„Das war schon Quatsch vor der Wahl und das ist jetzt noch quätscher“ (Herbert Wehner, SPD). Wer solche Sprüche und andere Ausfälle mag und es so richtig krachen sehen will, für den ist die DVD „Kämpfe ums Kanzleramt“ das Richtige. Auf ihr sind sechzig Jahre Wahlgeschichte im Ersten Deutschen Fernsehen zusammengetragen, ausgewählte Fernsehbeiträge aus den 17 Bundestagswahlen zwischen 1949 und 2009 und der DDR-Volkskammerwahl 1990.

Informationsportale im Netz

www.mitmischen.de	Das Portal zum Bundestag für Jugendliche: Infos, Artikel von Jugendlichen zu politischen Themen, Politikquiz, Planspiele, Workshops
www.wahlomat.de	Seite der bpb über den Wahl-O-Maten und dazugehörige Projekte
www.polipedia.eu/tiki-index.php	Informationsseite von Jugendlichen für Jugendliche; Politisches Wikipedia über Demokratie, Partizipation und Politik.
www.bpb.de/politik/wahlen	Alle Infos zu aktuellen Wahlen, z.B. Parteiprofile oder Zahlen und Fakten.
www.abgeordnetenwatch.de	abgeordnetenwatch.de ist der direkte Draht von Bürgerinnen und Bürgern zu den Abgeordneten und Kandidierenden. „Bürger fragen – Politiker antworten“ ist der Kern des Portals.
www.ich-will-waehlen-gehen.de	Onlinemodul zum Wählen und zum Wahlablauf des DVV-Lernportals „ich-will-lernen.de“ (aktiv nur jeweils vor bundesweiten Wahlen)
www.wahlrecht.de	Alle Infos zu Wahlen, Wahlrecht und Wahlsystemen
www.wahl.de	Seite, die die Online-Aktivitäten von Politikern und Parteien misst

Projektideen und Materialien für Bildungsplanende

www.wahlgang.de	Projekt, das Jugendliche zum Wählen ermuntern will
www.facebook.com/jugendwahl www.facebook.com/mitmischen.waehlen.ab.16	Projekt für Erstwähler zur vergangenen Kommunalwahl in BW
www.u18.org	Politische Bildungsinitiative für Kinder und Jugendliche, bei denen vor den Wahlen eine Juniorwahl durchgeführt wird.
www.juniorwahl.de	ähnliches Projekt wie U18
www.machs-ab-16.de	Initiative für Erstwähler in Brandenburg
www.deine-wahl.net	Portal für Erstwähler zur vergangenen Kommunalwahl in BW
www.demokratiefuehrerschein.de	Der Demokratieführerschein soll das Interesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an der Kommunalpolitik wecken
www.lokal-o-mat.de	Infotool für Kommunalwahlen, zunächst für Ahlen und Düsseldorf genutzt. Betreiber ist die GldB (www.gldb.eu)
www.wahlXperten.de	Projekt mit Jugendlichen für mehr Wahlbeteiligung- und -motivation

www.politikzumanfassen.de	Verein, der das Politikinteresse von Jugendlichen mit diversen Projekten fördern möchte
www.waehlerisch.net	Aktionsnetzwerk für demokratische Jugendbildung in Sachsen-Anhalt
www.adb.de/node/388 www.facebook.com/Rollingdiscussion2013	Projekt in Dresden: Schüler diskutieren mit Politikern in einer Straßenbahn
www.parlamentsprofi.de	Wissensquiz rund um das Parlament
www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/77247/parteienquiz	Parteienquiz
www.youtube.com/watch?v=KjlunxvD38k	Video mit Prominenten, die zum Wählen animieren

<p>www.europawahl.mixxt.de www.facebook.com/europawahlguide</p>	<p>Website zur Europawahl 2014 mit Audio-Guides etc. und Facebook-Blog</p>
<p>www.pedocs.de/volltexte/2008/141/pdf/Demokratiebaustein_Zukunftswerkstatt.pdf</p>	<p>Beitrag zum Thema Zukunftswerkstatt, bietet einen ersten Überblick über die Methode. Ilona Böttger: Beteiligung fördern durch Zukunftswerkstätten & Zukunftskonferenzen</p>
<p>www.sowi-online.de/praxis/methode/zukunftswerkstatt.html_0</p>	<p>Beitrag zum Thema Zukunftswerkstatt, bietet eine Kurzeinführung mit Hinweisen auf die konkrete Planung und Vorbereitung sowie Spielregeln einer Zukunftswerkstatt. Peter Weinbrenner: Zukunftswerkstatt</p>
<p>http://lehrerfortbildung-bw.de/kompetenzen/projektkompetenz/methoden_a_z/metaplan.htm</p>	<p>Beitrag zur Metaplan-Methode, ist eine ganz kurze Erläuterung mit Foto einer bestückten Metaplanwand von der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen Baden-Württemberg</p>
<p>http://methodenpool.uni-koeln.de/moderation/moderation_darstellung.html</p>	<p>Beitrag zur Metaplan-Methode aus dem Methodenpool der Universität zu Köln und bietet eine ausführliche Erklärung der Methode</p>

... mach Dein Leben

V.
DVV – Zentralstelle
für politische
Jugendbildung

Der Deutsche Volkshochschul-Verband

Der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV) ist der Dachverband der Volkshochschularbeit in Deutschland. Er wurde am 17. Juni 1953 in Berlin gegründet. Im DVV sind die 16 Volkshochschul-Landesverbände in der Bundesrepublik Deutschland mit rund 1.000 Volkshochschulen und mehr als 3.000 VHS-Außenstellen zusammengeschlossen. Die Landesverbände der fünf neuen Bundesländer traten dem Dachverband 1991 bei. Zweck des Verbandes ist es, die Bildungsarbeit in den Volkshochschulen zu fördern und die dafür notwendige Interessenvertretung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wahrzunehmen.

Der DVV erfüllt diese Aufgaben insbesondere durch

- die Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches der Mitglieder,
- die Entwicklung von Grundsätzen und Leitlinien für die Volkshochschularbeit,
- die Information der Öffentlichkeit über Aufgaben und Leistungen der Volkshochschulen,
- die Förderung der Qualität der pädagogischen Arbeit,
- die Planung und Durchführung von Veranstaltungen,
- die Förderung des globalen Lernens und der internationalen Zusammenarbeit.

Der DVV realisiert in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern Projekte zu didaktischen und weiterbildungspolitischen Fragen, etwa zur Integration und Migration, zu Alphabetisierung und Grundbildung, zur Ökologie und ländlichen Entwicklung, zur Geschlechtergerechtigkeit, zum interkulturellen und globalen Lernen. Er veröffentlicht Stellungnahmen, Materialien, Berichte; vierteljährlich gibt er dis.kurs, das Magazin des DVV, heraus.

Aus der Tradition internationaler Fachkontakte der Volkshochschulen ist das Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutsche Volkshochschul-Verbandes (DVV International) erwachsen, das heute weltweit Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Feld der Erwachsenenbildung durchführt. Die Zentrale des Instituts hat einen gemeinsamen Sitz mit der Bundesgeschäftsstelle des DVV in Bonn. Der DVV ist Mitglied des Trägervereins des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung. Er ist Mehrheits-Gesellschafter des ebenfalls vom DVV gegründeten Adolf Grimme Instituts und alleiniger Eigentümer der telc GmbH, der früheren Prüfungszentrale des DVV. Eine spezielle Einrichtung zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung im Volkshochschulbereich ist der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN, der vom Deutschen Gewerkschaftsbund und dem DVV gemeinsam getragen wird.

Kinder- und Jugendplan

Wichtigster Kooperationspartner bei der Förderung der politischen Jugendbildung im Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit dem Kinder- und Jugendplan des Bundes.

Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist seit 1950 das Instrument auf Bundesebene, mit dem das zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf der Grundlage des SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – die Tätigkeit der Kinder- und Jugendarbeit, inklusive Jugendbildung, anregt und fördert. Zuwendungen aus dem KJP sollen dazu beitragen, dass junge Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten, ihre Rechte wahrnehmen und ihrer Verantwortung in Gesellschaft und Staat nachkommen können. Sie sollen das Zusammenwachsen der jungen Generation in Deutschland und Europa fördern und zur Verbesserung des Dialogs zwischen den Generationen beitragen. Der KJP schafft damit Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene.

Laut Richtlinien (I.4.1) gelten als Grundsätze der Förderpolitik des KJP: „Gefördert werden können

a) zentrale Maßnahmen nichtstaatlicher Organisationen, die für das Bundesgebiet als Ganzes von Bedeutung sind und die ihrer Art nach nicht durch ein Land allein wirksam gefördert werden können. Die Aufgaben werden in der Regel durch zentrale Fachorganisationen und -einrichtungen wahrgenommen, denen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen; die Fachorganisationen und -einrichtungen unterstützen und begleiten insbesondere die Schaffung, Erhaltung und Verbesserung von Diensten und Einrichtungen, die Entwicklung und Durchführung von Modellvorhaben, die Initiierung von bedarfsgerechten Angeboten, die Qualifizierung von Fachkräften und

ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die träger- und fachübergreifende Zusammenarbeit;

b) Projekte von bundesweit („gesamtstaatlich“) repräsentativer Bedeutung...“

Im Rahmen dieser Bestimmungen ist die DWV-Zentralstelle tätig.

„Politische Bildung soll jungen Menschen Kenntnisse über Gesellschaft und Staat, europäische und internationale Politik einschließlich der politisch und sozial bedeutsamen Entwicklungen in Kultur, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft vermitteln. Sie soll die Urteilsbildung über gesellschaftliche und politische Vorgänge und Konflikte ermöglichen, zur Wahrnehmung eigener Rechte und Interessen ebenso wie der Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und Umwelt befähigen sowie zur Mitwirkung an der Gestaltung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung anregen.“ (siehe Richtlinien KJP v. 29.03.2012, II, 1).

Zentralstelle für politische Jugendbildung

Aufgabe der Zentralstelle im DWV ist die Koordination und Verwaltung der an den Volkshochschulen durchgeführten politischen Jugendbildung, die aus dem KJP gefördert wird. Der DWV schließt mit den Volkshochschulen vor Ort als Letztempfängern der KJP-Mittel einen Kooperationsvertrag ab. Ein Teil der Mittel steht zur Verfügung, um zusammen mit der Zentralstelle Modellkonzepte zu entwickeln.



Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten der Zentralstelle sind für die Initiierung, inhaltliche Planung, Koordinierung, Verwaltung und zentrale Steuerung der an den Volkshochschulen stattfindenden Veranstaltungen zuständig. Sie gestalten diese Aufgabe orientiert an einer verstärkten Kommunikation und Vernetzung der örtlichen Einrichtungen sowie einer inhaltliche Schwerpunktsetzung innerhalb der politischen Jugendbildungsarbeit. Die Zentralstellenreferenten sind im Kontakt mit benachbarten Arbeitsfeldern und allgemeinen Aufgabenstellungen der Weiterbildung (z.B. E-Learning, Grundbildung und Alphabetisierung) sowie DVV International, das im nationalen Rahmen einen besonderen Schwerpunkt auf entwicklungspolitisches und interkulturelles Lernen legt.

Wichtige Arbeitsfelder sind ferner die Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte für die politische Jugendbildung. Diese Maßnah-

men werden in enger Anlehnung an die Themenschwerpunkte des KJP geplant und im Rahmen eines Qualitätssicherungssystems evaluiert. In Kooperation mit den VHS-Landesverbänden entwickelt die Zentralstelle langfristig zertifizierte Fortbildungsreihen, die den VHS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch den Mitarbeitenden anderer Träger eine Darstellung ihrer erworbenen Qualifikationen ermöglichen und im Sinne einer zunehmenden Professionalisierung positiv auf die Programmqualität und Methodenkompetenz der politischen Jugendbildung wirken.

Vielorts wurde die Junge VHS als eigener Fachbereich oder eigenständige Abteilung der Volkshochschulen aufgebaut. In diesem Fachbereich sollen die Angebote der politischen Jugendbildung – speziell im Blick auf zunehmende rechtsextreme oder gewaltbereite Tendenzen und angesichts von Politikverdrossenheit oder -verweigerung bei Jugendlichen – weiter ausgebaut werden. Neben der Steuerung des KJP-Programms hat die Zentralstelle die Aufgabe, die Evaluation der bundesweit durchgeführten Maßnahmen zu intensivieren. Dazu gehören die Auswertung der Erfahrungen und die Reflexion von Einzelergebnissen hin zu verallgemeinerbaren Erkenntnissen, die eine Weiterentwicklung der Jugendhilfe anregen und innovative Konzepte hervorbringen können. Es werden regelmäßige Hospitationen der Veranstaltungen vor Ort durchgeführt und die Praxisreflexion der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in gemeinsamen Arbeitstagungen koordiniert. Ergebnisse der Beratungen wiederum werden allen Beteiligten durch gemeinsame Planungstagungen zur Verfügung gestellt.

Die Zentralstelle betreut die Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, und zwar in Abstimmung mit dem Informations- und Publikationsreferat von DVV International und dem Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des DVV. Zur Publikationspraxis der Zentralstelle gehören neben Broschüren zur politischen Jugendbildung an Volkshochschulen auch Unterrichtsmaterialien, DVDs und das Medienzentrum www.politischejugendbildung.de. Hier werden in einem aktuellen Kalender ein Programmüberblick gegeben und Veranstaltungsergebnisse und -dokumentationen veröffentlicht. Diese ermöglichen es sowohl Volkshochschulen als auch anderen Einrichtungen politischer Jugendbildung, Methoden und Konzepte für ihre Bildungspraxis zu übertragen. Zu den Aufgaben der Zentralstellenreferenten gehört es zudem, sich über die Mitwirkung in der Jugendbildungsinitiative GEMINI und der programmspezifischen Arbeitsgruppe des Jugendministeriums (BMFSFJ) am Erfahrungsaustausch wie dem Ergebnistransfer in den politischen Raum hinein zu beteiligen und den Austausch mit dem Ministerium zu vertiefen. So findet auch ein Einsatz für die Sicherung und Förderung der politischen Jugendbildung statt.

Antragstellung

Im Programm „Politische Jugendbildung“ beim DVV werden innovative und adressatenorientierte Bildungskonzepte gefördert, die jungen Menschen nahe an ihrem Lebensumfeld gesellschaftliche Zusammenhänge und Zugänge zu Beteiligungsmöglichkeiten vermitteln und sie so unterstützen, aktiv am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Förderbar sind außerschulische, ein- oder mehrtägige Maßnahmen der politischen Bildung für junge Leute von 10 bis einschließlich 26 Jahre, Arbeitstagungen für ehren-, neben- oder hauptamtlich in der Jugendhilfe tätige Personen und Modellprojekte. Die Maßnahmen müssen an jedem Seminartag einen Mindestumfang von 6 UE haben. Grundlage für die Förderung sind die Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes.

Anträge für Veranstaltungen müssen bis spätestens 30.11. für das kommende Haushaltsjahr eingereicht werden. Die Antragstellung ist ausschließlich über das Online-System unter www.antrag.dvv-vhs.de möglich. Damit Sie einen Antrag stellen können, müssen Sie zuerst Ihre VHS registrieren.

Nach positiver Prüfung des Antrags durch die Zentralstelle und Bewilligung durch das Bundesverwaltungsamt (meist erst im laufenden Haushaltsjahr) schließt der DVV mit den Volkshochschulen vor Ort als Letztempfängern der KJP-Mittel einen Weiterleitungsvertrag mit einer maximalen Zuwendungssumme sowie den bewilligten Veranstaltungen für das Haushaltsjahr. Jede Volkshochschule kann sich ihre maximale Zuwendungssumme im Rahmen der bewilligten Anträge einteilen.

Detaillierte Informationen zur Förderung finden Sie unter www.politischejugendbildung.de.

Impressum

Herausgegeben vom:



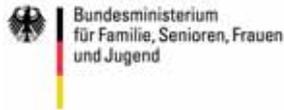
Obere Wilhelmstraße 32
53225 Bonn
E-Mail: info@dvv-vhs.de
Netz: www.dvv-vhs.de

Texte: Helle Becker, Niklas Schmidt,
Expertise & Kommunikation für Bildung

Redaktion: Anna Grüner

Satz, Layout: Wolfgang Gast, gastdesign.de

Diese Publikation wurde durch das
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.



© DW, Bonn 2014

Fotos:

S. 01: sijole/PHOTOCASE
S. 04: ZWEISAM/PHOTOCASE
S. 07: jottkah/PHOTOCASE
S. 08: tobey's/PHOTOCASE
S. 09, 32, 46, 47: kallejipp/PHOTOCASE
S. 10: dergestalter/PHOTOCASE
S. 12: MMchen/PHOTOCASE
S. 14, 15: VHS Leipzig
S. 17, 18: Stadt Ahlen
S. 20: Adolf-Kolping-Schule/KVHS Vechta
S. 23: artweise/PHOTOCASE
S. 23–25, 40, 41, 52–55: zettberlin/PHOTOCASE
S. 25: VHS REGION Lüneburg
S. 27: Politik zum Anfassen e.V.
S. 29: Europahaus Aurich
S. 30: cydonna/PHOTOCASE
S. 33: C/L/PHOTOCASE
S. 35: gb-photodesign.de/PHOTOCASE
S. 36: Bodo Kiefer
S. 38: www.brandenburg.de
S. 41: ohneski/PHOTOCASE; Font: Wingdings
S. 43, 44: Guenter Hamich_pixelio.de
S. 45: astonishing/PHOTOCASE
S. 47: Seleneos/PHOTOCASE
S. 48, 49: Herbert-Wehner-Bildungswerk Dresden;
BeneA/PHOTOCASE; Peter von Bechen_pixelio.de;
Carsten Jünger_pixelio.de
S. 51: unikation/PHOTOCASE
S. 53: Ingram Publishing; Wolfgang Gast
S. 55: Wolfgang Gast
S. 56: sör alex/PHOTOCASE; inkje/PHOTOCASE
S. 58: boing/PHOTOCASE
S. 66, 71: marqs/PHOTOCASE
S. 69: AllzweckJack/PHOTOCASE

Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.
Obere Wilhelmstraße 32
53225 Bonn

Tel.: +49 228 97569-0
Fax: +49 228 97569-30
E-Mail: info@dvv-vhs.de
Netz: www.dvv-vhs.de